

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Hannes Adomeit

Russlands Iran-Politik unter Putin

Politische und wirtschaftliche Interessen und der Atomstreit

S 8
April 2007
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
der SWP gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2007

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**
- 7 **Russlands Rückkehr in den Nahen und Mittleren Osten**
- 10 **»Strategischer Partner« Iran**
- 15 **Putins »Energieklub« und die »Gas-OPEC«**
- 20 **Waffenexporte und militärisch-technische Zusammenarbeit**
- 27 **Zusammenarbeit bei Trägersystemen für Atomwaffen**
- 30 **Der Atomstreit**
- 41 **Fazit**
- 44 **Abkürzungen**

Russlands Iran-Politik unter Putin

Politische und wirtschaftliche Interessen und der Atomstreit

»Es ist klar«, stellte Präsident Putin nach Abschluss des G-8-Gipfels in Sankt Petersburg im Juli 2006 apodiktisch fest, »dass Russland durch sein wachsendes Potential in die Lage versetzt wird, eine immer wichtigere Rolle in der globalen Entwicklung zu spielen«. Das offenkundige Selbstbewusstsein und die Selbstdarstellung Russlands als verantwortungsbereite internationale Ordnungsmacht zeigen sich auch am russischen Engagement im Nahen und Mittleren Osten. Russland beginnt, eine aktivere Rolle zu spielen und seinen Einfluss geltend zu machen.

Fraglich ist, ob der Rückkehr Russlands in die Region eine durchdachte Strategie zugrunde liegt oder ob es sich dabei nur um spontane Maßnahmen und Ansätze handelt. Entwickelt sich Moskau tatsächlich zu einem verlässlichen Partner oder verfolgt es weiterhin Sonderinteressen, wendet Doppelstandards an und nimmt womöglich Positionen ein, um gezielt die Lösung von Konflikten zu verhindern? Wie erfolgreich ist die Politik Putins, wenn man sie an seinen Zielsetzungen misst? Und schließlich: Welche Konsequenzen ergeben sich aus den jeweiligen Antworten für die deutsche und die europäische Politik?

Um diese Fragen zu beantworten, wird in dieser und einer Folgestudie die russische Haltung und Politik zu den beiden Problemen untersucht, die heute ganz oben auf der internationalen Agenda stehen: der Atomstreit mit Iran und der arabisch-israelische Konflikt. Dabei gilt die Annahme, dass beide Konflikte wegen der Zusammenarbeit zwischen Iran und Syrien, ihrer Rollen im Libanon und ihrem Einfluss auf Hizbullah und Hamas eng miteinander verflochten sind.

Folgende Interessen bestimmen die russische Iran-Politik:

- ▶ Russland will verhindern, dass Iran zu einer Atommacht wird, die über Raketen großer Reichweite verfügt. Dieses Interesse deckt sich mit dem der USA und Europas. Der Grad der Zusammenarbeit mit Washington wird allerdings durch das Ziel eingeschränkt, den politischen und wirtschaftlichen Einfluss der USA sowie ihre militärische Präsenz im Nahen und Mittleren Osten zu begrenzen oder vollständig zu beseitigen.
- ▶ Russlands wirtschaftliche Interessen konzentrieren sich auf den Bau von Atomkraftwerken, die Kooperation in der Weltraumforschung, die Zusammenarbeit bei Energiefragen und Waffenexporte. Moskau kann oder will diese Interessen aber in keinem der Bereiche in vollem Umfang wahrnehmen, weil dadurch die ohnehin beschädigten Beziehungen zu den USA zusätzlich belastet würden.
- ▶ Die Ausbreitung islamistischer Bewegungen und terroristischer Netzwerke zu verhindern wird in der westlichen Diskussion als ein weiteres

wichtiges Interesse Russlands im Nahen und Mittleren Osten angesehen. Grund dafür sei Russlands Bestreben, die Gefahr eines Übergreifens des islamischen Extremismus auf die Muslime im eigenen Land abzuwehren. Ein derartiges Gefahrenbewusstsein mag zwar als Triebkraft der russischen Politik gegenüber den arabischen Staaten und im palästinensisch-israelischen Konflikt wirksam sein, ist aber im Umgang mit Iran nicht erkennbar.

Teil der früheren russischen Politik in diesem Raum war es, militärische Macht zu demonstrieren und in regionalen Konflikten zu intervenieren. Die Traumata des erfolglosen Afghanistan-Feldzugs und der beiden Kriege in Tschetschenien haben Putin jedoch dazu bewogen, zurückhaltender zu agieren. Im Verhältnis zu Iran sind Waffenlieferungen und militärisch-technische Zusammenarbeit weiterhin politisch nutzbar. Die wichtigsten Trumpfkarten, die Russland in der Hand hält, sind aber sein Status als nukleare Super- und Energiegroßmacht sowie seine Rolle im UN-Sicherheitsrat.

Oberflächlich betrachtet stimmen die von Deutschland und der EU eingenommenen Positionen mit denen Russlands überein. Alle drei Akteure wollen Iran nicht in die Isolierung treiben, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen aufrechterhalten und politische und wissenschaftliche Kontakte nicht abreißen lassen. Zudem wollen sie dazu beitragen, dass sich das Teheraner System in eine moderate Richtung bewegt. Sie wollen dem Regime mit Hilfe von Anreizen Kompromisse abringen und die Regierung Bush dazu bewegen, direkte Gespräche mit iranischen Vertretern aufzunehmen. Aber es gibt auch wichtige Unterschiede.

Geht man davon aus, dass die militärische Nutzung iranischer Nuklearmittel verhindert werden soll und Teheran nur durch eine geschlossene Front der fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und Deutschlands zum Einlenken bewegt werden kann, ist die russische Haltung damit nur schwer oder überhaupt nicht vereinbar. Wäre die Haltung dieser Akteure einheitlich, könnte Iran nicht einerseits als »Hauptsponsor des internationalen Terrorismus« verurteilt – wie dies die USA tun – und andererseits als »Freund« und »strategischer Partner« bezeichnet und behandelt werden, wie dies von russischer Seite geschieht. Auch antiamerikanische Äußerungen Putins, wie auf der Münchner Sicherheitskonferenz, senden der iranischen Führung falsche Signale. Wie nachhaltig die im Februar und März 2007 zu beobachtende Verschärfung der russischen Politik gegenüber dem Iran sein wird, muss sich noch herausstellen.

Man sollte deshalb nicht auf Russland als ehrlichen Makler setzen, sondern auf konstruktive Initiativen warten, denen sich Deutschland, die EU und die USA anschließen könnten. Da Moskau durchaus in der Lage ist, Lösungen zu verhindern, erscheint es ratsam, Russland in ein gemeinsames Vorgehen einzubinden. Der Schwerpunkt der deutschen Politik sollte dabei weniger auf der Entwicklung einer »strategischen Partnerschaft« mit Russland als auf der Koordinierung der Politik innerhalb der EU und in den transatlantischen Beziehungen liegen.

Russlands Rückkehr in den Nahen und Mittleren Osten

»Die islamische Welt wünscht, dass Russland hier wieder die Rolle einnimmt, die früher die Sowjetunion gespielt hat.« (Ravil Gajnutdin)¹

»In der Sowjet-Ära haben wir so viele Soldaten und Dollars für das Engagement in dieser Region eingesetzt, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aber nicht den kleinsten Dank dafür erhalten. Jetzt noch einmal den gleichen Fehler zu begehen, wäre in höchstem Maße dumm.«
(Jewgenij Satanowskij)²

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte sich Russland praktisch völlig aus dem Nahen und Mittleren Osten zurückgezogen und erhebt jetzt wieder Anspruch auf eine gestaltende Rolle.³ Dies zeigt sich unter anderem an der von Russland betriebenen Ausweitung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, der Nutzung seiner Öl- und Gas-Ressourcen für politische Zwecke, an Waffenlieferungen, militärisch-technischer Zusammenarbeit, der Kooperation bei der zivilen Atomtechnologie und Weltraumprojekten sowie an einer regen Besuchsdiplomatie. Um dies zu verdeutlichen:

- Im palästinensisch-israelischen Konflikt hat Russland als Mitglied des Nahost-Quartetts bei der Ausarbeitung der sogenannten Roadmap mitgewirkt. Putin hat außerdem wiederholt gefordert, eine internationale Nahost-Friedenskonferenz einzuberufen, an der sich auch Syrien und der Libanon beteiligen sollten, um eine »angemessene Lösung« für den

¹ In einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP) anlässlich der Konferenz »Russland und die islamische Welt« vom August 2006 in Kasan, an der russische und ausländische Vertreter islamischer Staaten und nichtstaatlicher Vereinigungen teilgenommen haben; AFP, 31.8.2006. Gajnutdin ist Vorsitzender des Rates der Muftis in Russland.

² In einem Interview mit Andrej Terechov, »Na Bližnem Vostoke idet vojna novogo tipa« [Im Nahen Osten findet ein Krieg neuen Typs statt], in: NVO (Internet-Ausgabe), 18.8.2006. Satanowskij ist Direktor des russischen Nahost-Instituts.

³ In dieser und der Folgestudie *Russlands Nahostpolitik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (in Vorbereitung), wird die Wendung »Erweiterter Naher Osten« bewusst vermieden. Wie der von dem ehemaligen Sicherheitsberater Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, ins Spiel gebrachte Begriff des »Krisenbogens« (*arc of crisis*) ist auch »Greater Middle East« ein in der amerikanischen Diskussion entstandener Terminus, der mit bestimmten Inhalten vorbelastet ist. Davon abgesehen wird er auch in den USA kaum noch gebraucht. Eine Ausnahme im russischen Diskurs ist die Studie (Situationsanalyse) des für die analytischen Haupt- und politischen Windrichtungen maßgeblichen Rats für Außen- und Verteidigungspolitik (SWOP), »Rossija i »Rasširenyj Bližnij Vostok« [Russland und der »Erweiterte Nahe Osten«], in: *Rossija v global'noj politike* (Moskau), März 2006. Die Führungsstriche weisen allerdings darauf hin, dass es sich nicht um einen gängigen russischen Begriff handelt, sondern um ein Lehnwort. Auf die Inhalte der Studie wird unten eingegangen.

Konflikt zu finden. Schon kurz nach dem Wahlsieg der Hamas empfing das russische Außenministerium eine Delegation der islamistischen Bewegung und erklärte sich bereit, der von der Hamas geführten palästinensischen Autonomiebehörde finanzielle Soforthilfe zu gewähren. Russland gelang es aber auch, seine Beziehungen zu Israel zu verbessern.⁴

- ▶ Im März 2006 besuchte Putin Algerien an der Spitze einer großen Delegation, der auch der Chef des Gasgiganten Gazprom und der Generaldirektor der staatlichen Rüstungsagentur Rosoboronexport angehörten. Im Austausch für den Erlass der algerischen Schulden in Höhe von 4,7 Mrd. US-Dollar wurden Verträge über die Lieferung russischer Waffen im Wert von 7,5 Mrd. US-Dollar geschlossen. Gazprom und sein algerisches Pendant Sonatrach vereinbarten, bei der Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern und der Modernisierung bestehender und beim Bau neuer Rohrleitungen und Aufbereitungsanlagen zusammenzuarbeiten.
- ▶ Im Libanonkrieg im Sommer 2006 stimmte der Kreml der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats zu. Die Resolution stattete die aufgestockte UN-Truppe im Südlibanon (UNIFIL) mit dem Mandat aus, dem Waffenstillstand Geltung zu verschaffen, der libanesischen Armee zu helfen, illegale Waffenlieferungen zu unterbinden, und die Milizen im Südlibanon zu entwaffnen. Russland stellte auch unter eigener Flagge Truppen für den Wiederaufbau des Landes bereit.
- ▶ Im Februar 2007 reiste Putin wiederum mit seinen Energie- und Rüstungsmanagern in die Golfstaaten Saudi-Arabien und Katar sowie nach Jordanien. Dies war ein Schritt von historischem Rang, denn in der Sowjet-Ära fanden keine hochrangigen Besuche dieser Staaten statt, weil sie fest dem westlichen Lager zugerechnet wurden. Zusammenarbeit bei der Produktion und der Vermarktung von Öl und Gas sowie Rüstungsexporte standen auf der Agenda der Gespräche mit allen drei Staaten. Saudi-Arabien bot Russland zudem die Erweiterung der Kooperation im Weltraum und den Aufbau eines zivilen Atomprogramms an.

Wie diese Beispiele zeigen, ist beim Gebrauch der Wendung »Rückkehr Russlands« Vorsicht geboten. Es wäre falsch, das russische Engagement als Neuauflage der sowjetischen Politik zu interpretieren. Diese bestand darin, den Nahen und Mittleren Osten als Arena für den Austrag des globalen anti-kapitalistischen Systemgegensatzes zu betrachten, in der auch islamistische und sozialrevolutionäre Bewegungen als »natürliche Verbündete« der Sowjetunion galten und Moskau »anti-imperialistischen« Staaten ohne Rücksicht auf Verluste in großem Umfang moderne Waffen lieferte, eigene Militärstützpunkte einrichtete und eine militärische Interventionsfähigkeit aufbaute. Diese Zeiten sind vorbei. Das Engagement unter Putin ist im Gegensatz zu dem der Sowjetunion durch drei Grundsätze, Interessen bzw. Motive gekennzeichnet: Erstens will Russland heute nicht mehr prinzipiell Gegenspieler des »Westens« (vor allem der USA) sein, sondern Mitspieler um Status, Macht, Prestige und Einfluss – mal im Team mit den

⁴ Einzelheiten in der Studie *Russlands Nahostpolitik* [wie Fn. 3].

USA und Europa, mal auf der Gegenseite, aber immer im eigenen Trikot. Zweitens wird das russische Engagement maßgeblich durch das traditionelle kapitalistische Leitmotiv *enrichessez vous!* bestimmt, das zum Kennzeichen der zweiten Amtszeit Putins geworden ist. Diesem Grundsatz entsprechend liefert Russland Waffen heute nur an diejenigen Staaten im Nahen und Mittleren Osten, die zahlungskräftig sind, und investiert lediglich in Vorhaben, die Profit versprechen. Drittens will es sich in der Region positionieren und absichern, um zu verhindern, dass die offenkundige Instabilität in diesem Raum sowie terroristische und extremistische Kräfte und kriminelle Strukturen auf den Kaukasus, Zentralasien und damit auf Russland übergreifen. Diese Beweggründe gelten auch für das russische Verhältnis zu Iran. Nach anfänglicher Verleugnung und Verdrängung werden nun die Gefahren wahrgenommen, die von einem nuklear bewaffneten und mit Raketen großer Reichweite ausgerüsteten radikalen Regime ausgehen.

Begünstigt wird die Rückkehr Russlands durch eine Reihe von Faktoren. Da ist erstens die geographische Nähe der Region zu Russland und zum postsowjetischen Raum, den Russland als seine Einflussosphäre betrachtet. Zweitens wirken sich verstärkend die traditionellen Verbindungen aus, die die Sowjetunion zu den arabischen Staaten hatte und zu Iran immer noch hat. Drittens betrachten die aus diesen Beziehungen hervorgegangenen Eliten und neuen islamistischen Kräfte Russland zwar nicht als verlässlichen Verbündeten im Kampf gegen Israel und dessen Schutzmacht USA. Sie sehen in ihm aber zumindest ein nützliches Gegengewicht, eine amerikanische und israelische Politik begrenzende Macht. Der vierte Faktor sind die eklatanten Fehler und Fehlschläge der amerikanischen Politik unter Präsident Bush. Dazu zählen die US-Militärintervention im Irak, die dadurch bewirkte Destabilisierung des Landes, die Verschiebung regionaler Kräfteverhältnisse und der Misskredit, in den sich die USA durch Folter-skandale und Kriegsverbrechen gebracht haben. Ferner haben das Misstrauen, das die Schlagworte Demokratisierung und *regime change* unter den zumeist autoritären und undemokratischen Regimen sowie in der Bevölkerung hervorgerufen haben, und die in den Augen der arabischen Welt einseitige Parteinahme der USA für Israel Russland einen erheblichen Spielraum eröffnet. Diesen Spielraum nutzt es auch in Iran.

»Strategischer Partner« Iran

*»Iran ist seit langem unser stabiler Partner.«
(Wladimir Putin)⁵*

*»Russland kann immer mit Iran als strategischem Partner
in der Region rechnen.« (Sergej Lawrow)⁶*

*»Sowohl der Iran als auch Russland sind souveräne Staaten.
Sie halten ihre internationalen Verpflichtungen ein.
Dem einen gefällt diese Zusammenarbeit, dem anderen
nicht. Das ist nicht unser Problem.«
(General Leonid Iwaschow)⁷*

Die Iran-Politik ist nur eine der vielen regionalen Komponenten der russischen Außen- und Sicherheitspolitik, die unter Präsident Putin zwischen zwei Orientierungen schwankt: Einerseits tritt Russland mit dem Anspruch auf, globale Ordnungsmacht zu sein, nimmt internationale Verantwortung wahr, verschreibt sich der Multilateralität und arbeitet mit westlichen Staaten im Rahmen der UN, der G 8, der OSZE, des Nato-Russland-Rats, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und anderen internationalen Institutionen zusammen. Auf der anderen Seite ist Moskaus Politik geprägt vom Denken in geopolitischen und geostrategischen Kategorien – Multipolarität, Machtgleichgewicht und Militärbündnisse –, von Nullsummenspielen (der Verlust der einen Seite ist der Gewinn der anderen) und vom Bestreben, Einfluss- und Interessensphären zu sichern.

Nachdem Außenminister Andrej Kosyrew im Herbst 1992 seine proatlantische Haltung aufgegeben hatte, verschob sich das Verhältnis zwischen altem und neuem Denken zugunsten traditioneller Ansätze. Moskau erhob Anspruch auf den postsowjetischen Raum als russische Interessensphäre und versuchte, die Osterweiterung der Nato und die Ausdehnung ihres Einflusses in diesen und in andere Räume (Balkan, Naher und Mittlerer Osten, Zentralasien) zu verhindern. Russland bemühte sich, seine Beziehungen zu »traditionellen Verbündeten« auszuweiten, und suchte in Ermangelung militärischer Verbündeter nach »strategischen Partnern«.

⁵ Nach Gesprächen mit dem iranischen Außenminister, Kamal Charrasi, in Moskau am 17.5.2004, <www.kremlin.ru/appears/2004/05/17/1622_type63377_64514.shtml>.

⁶ Auf der Pressekonferenz nach Abschluss seiner Gespräche mit dem iranischen Außenminister Kamal Charrasi in Moskau am 10.10.2004, in: »Lavrov: RF i Iran – sojuzniki v bor’be s terrorizmom« [Russland und Iran – Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus], in: *Strana.ru*, 10.10.2004.

⁷ General Leonid Iwaschow, vormals Leiter der Hauptabteilung für internationale militärische Zusammenarbeit im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, in: »Rüstet Russland den Iran auf? – Stimmen russischer Experten«, in: *Deutsche Welle, Monitor-Dienst*, 15.3.2001. Zusammenstellung der Expertenmeinungen von *Westi.Ru* (russ.), 13.3.2001. Daran wird deutlich, dass das Selbstbewusstsein der politischen Klasse Russlands nicht erst seit 2005 existiert.

Die Gründe für die Wiederkehr geostrategischer Überlegungen liegen vor allem in der innenpolitischen Entwicklung, im »Großmacht«-Streben der politischen Klasse. Aber auch externe Faktoren spielen eine Rolle. In der Weltsicht des Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Establishments gehört dazu die amerikanische Geopolitik. Konzeptionelle Grundlagen dafür seien schon Ende der siebziger Jahre von dem ehemaligen Sicherheitsberater US-Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, unter dem Schlagwort des »Krisenbogens« entwickelt worden, der von Marokko bis Afghanistan reiche und dessen Gefahrenpotential unter amerikanischer Regie neutralisiert werden müsse. Der »Greater Middle East« sei die Neuauflage dieser Konzeption. Demokratisierung wird lediglich als Tarnung der geopolitischen und geostrategischen Zielsetzungen und als Verschleierung handfester Interessen betrachtet, zu denen vor allem die Kontrolle über die wichtigsten Öl- und Gasquellen in dieser Region gehöre. Die militärische Intervention der Vereinigten Staaten im Irak sei die konsequente Durchsetzung dieser Ziele und Interessen. In der amerikanischen Vision – so die russische Perzeption – sollen Israel und die Türkei eine strategisch wichtige Rolle spielen. Russland dagegen soll so weit wie möglich aus der Region gedrängt oder, wo es nicht präsent ist, von vornherein herausgehalten werden.

Die logische Konsequenz dieser Sicht ist, gegenüber dem Streben der USA nach globaler Vorherrschaft Gegengewichte zu bilden und eine »multipolare Weltordnung« zu schaffen. Als Träger dieser Ordnung in Süd- und Ostasien wird auf China und Indien als »strategische Partner« gesetzt. Im Nahen und Mittleren Osten will Russland Iran mit dieser Rolle versehen und umwirbt es entsprechend. »Russland kann immer auf Iran als strategischem Partner in der Region zählen«, behauptete Außenminister Sergej Lawrow.⁸ Putin zufolge ist »Iran seit langem [Russlands] stabiler Partner«⁹ und gehört Russland umgekehrt zu den »Freunden, denen [Iran] trauen« kann.¹⁰ Es sei für Iran ein »verlässlicher, verantwortungsbewusster« und »ohne Übertreibung historischer« Partner.¹¹ Auf offizieller Ebene ist Moskau den USA daher nicht gefolgt, als diese Iran und Syrien in die Reihe der Schurkenstaaten und Sponsoren des internationalen Terrorismus einordneten. Russland weigert sich außerdem, die von Iran im Libanon und in Palästina unterstützten islamistischen Organisationen Hizbullah und

⁸ Zur Quellenangabe siehe Fn. 6.

⁹ Nach Abschluss seiner Gespräche mit dem iranischen Außenminister Kamal Charrasi, in Moskau am 17.5.2004, <www.kremlin.ru/appears/2004/05/17/1622_type63377_64514.shtml>.

¹⁰ Auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 10.2.2007 als Antwort auf die Frage, warum Russland Tor-M1-Raketen an Iran geliefert habe; Live-Fernsehübertragung, Kanal Phoenix, 11:50 Uhr.

¹¹ Putin im Gespräch mit Ahmadinedschad am Rande der Gipfelkonferenz der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Shanghai am 15.6.2006, <www.kremlin.ru>; siehe auch den ausführlichen Bericht über das Gespräch und die Pressekonferenz Putins in Shanghai bei Andrej Kolesnikov, »Vladimir Putin otvel Iran v šesterku« [Wladimir Putin hat den Iran in die Sechsergruppe geführt], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 16.6.2006.

Hamas als »terroristisch« zu bezeichnen. Es hält sich auch aus der in den USA zunehmend schärfer werdenden Diskussion heraus, ob und in welchem Umfang die Islamische Republik schiitische Milizen im Irak mit Waffen versorgt und dadurch amerikanische Stabilisierungsbemühungen untergräbt. Stattdessen vertritt Russland die Auffassung, dass »Iran eine konstruktive Rolle bei der Lösung der Irak-Krise spielen kann«. ¹² Noch bis Februar 2005 zeigte sich Putin »überzeugt, dass Iran nicht die Absicht hat, eine Atombombe zu bauen.« ¹³

Teil der russisch-iranischen »strategischen« Zusammenarbeit ist das gemeinsame Ziel, die USA und die Nato so weit wie möglich von der kaspischen Region fernzuhalten. Bereits in den neunziger Jahren erklärten die USA den kaspischen Raum zu einer Zielregion ihrer nationalen strategischen Interessen. Die militärische Zusammenarbeit mit Aserbaidschan auf der Basis nationaler Programme der USA und im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) der Nato und die immer wieder aufgebrachte Idee der Einrichtung amerikanischer Militärbasen in dem Land stoßen sowohl in Moskau als auch in Teheran auf Ablehnung. Das betrifft auch angebliche Pläne, denen zufolge Washington eine multinationale kaspische Streitmacht (Caspian Guard) aufstellen will, die mehreren Zwecken dienen soll: Bekämpfung internationaler Terrorismusnetzwerke, Sicherung der Öl-Pipeline Baku–Ceyan, Unterbindung von Waffen- und Drogenhandel sowie des Transfers von Komponenten für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen. Sie soll sich aus Kräften der USA, der Türkei, Georgiens und Aserbaidschans zusammensetzen. Für diese Pläne hat das Pentagon im Jahr 2006 130 Mio. US-Dollar bereitgestellt. Moskau setzt dem eigene Initiativen entgegen, wie etwa Vorschläge zur Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems und die Gründung einer »Organisation für die Unterstützung des Friedens, der Ordnung und der Sicherheit im kaspischen Raum«. Weiterhin soll eine Art Gegenstück zur *Active Endeavor Operation* der Nato im Mittelmeer eingerichtet werden, die »Kaspische Marinegruppierung für Operative Reaktion«, eine gemeinsame Seestreitmacht aller fünf Anrainer des Kaspischen Meeres. ¹⁴ Russland würde in diesem Marineverband eine führende Position einnehmen. Es verfügt mit seiner Kaspischen Flottille über mehr Kräfte als die anderen vier Staaten zusammen. Während die vier großen Flotten verfallen, hat Moskau seine Marine in dieser Region laufend modernisiert.

Die gemeinsame, gegen die Präsenz der USA und der Nato im kaspischen Raum gerichtete Politik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass

¹² So Michail Margelow, Vorsitzender des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten im Föderationsrat; S. S. Voronov, »Iranskaja reakcija na novuju strategiju SŠA v Irake« [Die iranische Reaktion auf die neue Strategie der USA im Irak], Moskau: Nahostinstitut, 15.1.2007, <www.iimes.ru/rus/stat/2007/15-01-07.htm>. Diese Äußerung wurde in der iranischen Presse zitiert.

¹³ »Vladimir Putin gotovitsja k vizitu v Iran« [Wladimir Putin bereitet sich auf einen Iran-Besuch vor], in: *Rossijskaja gazeta* (Internet-Ausgabe), 19.2.2005; von der russischen Nachrichtenagentur Interfax am 18.2.2005 verbreitet.

¹⁴ In englischsprachigen Quellen wird diese Marinegruppierung *Caspian Force* oder kurz *CasFor* genannt.

es zwischen Russland und Iran auch verdeckte und offene Konflikte gibt. Die dominierende Rolle Russlands in diesem Raum ist nicht nur Washington, sondern auch Iran ein Dorn im Auge. Ebenso wenig wie die USA und Europa hat die Islamische Republik ein Interesse daran, dass Russland sein ehemaliges Imperium im Süden des postsowjetischen Raums wiederherstellt. Zudem gibt es Spannungen wegen unregelmäßiger Völkerrechtsfragen, vor allem der Unklarheit über Existenz und Verlauf der staatlichen Grenzen der fünf Küstenstaaten im Kaspischen Meer. Das betrifft sowohl den Seeboden als auch das Küstenmeer mit seinen Ressourcen. Schätzungen zufolge belaufen sich die nachgewiesenen und möglichen Kohlewasserstoffreserven des Kaspischen Meeres auf 11–26 Mrd. Barrel Öl und auf 15–17 Bill. m³ Gas.¹⁵ Allerdings sind weder Küstenlinien noch Naturschätze gleichmäßig verteilt: Russland, Kasachstan, Aserbaidschan und Turkmenistan verfügen sowohl über die längsten Küstenlinien als auch über die größten Öl- und Gasreserven – wenn die Grenze auf Basis der Medianlinie gezogen wird. Bei dieser Grenzziehung würden Iran lediglich 12–14 Prozent des Seebodens und der Seeoberfläche zufallen. Teheran forderte daher, eine Sektoraufteilung von je einem Fünftel zu vereinbaren oder die Ressourcen über eine »Kondominium«-Regelung zu erschließen (alle Staaten erhalten den gleichen Zugang zu den Öl- und Gas-Vorkommen und Fischgründen). Die Differenzen konnten auch auf der Gipfekonferenz der Anrainerstaaten des Kaspischen Meers in Astrachan im April 2002 nicht überbrückt werden. Daraufhin einigten sich Russland, Kasachstan und Aserbaidschan, den Seeboden in Sektoren aufzuteilen. Dem Verteilerschlüssel zufolge erhält Kasachstan 27 Prozent, Russland 19 Prozent und Aserbaidschan 18 Prozent. Iran lehnt diese Aufteilung ab.¹⁶

Teil der Stilisierung Teherans als künftiger strategischer Partner ist auch die von Moskau geförderte und 2005 vollzogene Aufnahme Irans als Beobachter in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der Russland, China, Kirgisistan, Kasachstan und Usbekistan angehören. Außer Iran haben auch Indien, Pakistan und die Mongolei Beobachterstatus. Die Organisation ist ein Paradebeispiel für die russische Vision von Multipolarität. Der prinzipiellen Opposition Moskaus und Teherans gegen amerikanische Militärpräsenz entsprechend und angeblich auf russisches Betreiben hin forderte die SOZ auf ihrem Gipfel in der kasachischen Hauptstadt Astana im Juli 2005 den Abzug der US-Truppen und die Auflösung amerikanischer Militärbasen in Mittelasien im Laufe der nächsten zwei Jahre. Auf Druck Präsident Karimows ist dies in Usbekistan bereits erfolgt.

Für Iran ist die Bedeutung der SOZ offensichtlich. Aus Sicht Teherans spielt die Organisation »mit jedem Jahr eine größere Rolle, sowohl in der Region als auch in der internationalen Arena. Sie gewinnt als starke regio-

¹⁵ Bernard A. Gelb, »Caspian Oil and Gas: Production and Prospects«, Washington, D.C.: Congressional Research Service (CRS), 8.9.2006 (Report for Congress, CIS Report RS21190), Tabelle 2, S. 3.

¹⁶ Zu den Ursachen für die Konflikte zwischen Russland und Iran gehört auch die Frage, wie Öl und Gas aus diesem Raum zu Abnehmern in Europa und Asien transportiert werden sollen. Dieses Problem wird im nächsten Kapitel behandelt.

nale Struktur an Autorität. [...] Die Hauptakteure dieser Organisation, Russland und China, sind die wichtigsten wirtschaftlichen Partner Irans. Zugleich ist die SOZ für Teheran auch vom politischen Standpunkt aus anziehend, [...] was unter anderem das iranische Nuklearproblem betrifft.«¹⁷ Aus diesem Grund bewarb sich Iran im Mai 2006 um eine Vollmitgliedschaft und erhoffte sich vom SOZ-Gipfel im Juni in Shanghai eine positive Entscheidung. Präsident Ahmadinedschad durfte zwar am Gipfel teilnehmen, eine Rede halten und sich (bereits zum zweiten Mal) mit Putin und Chinas Staatspräsident Hu Jintao treffen.¹⁸ Die Vollmitgliedschaft blieb seinem Land aber verwehrt. Der Grund war offenkundig: Mit der Annahme des iranischen Antrags hätten Russland und China aus Sicht der USA den Bogen überspannt. Das hatte US-Verteidigungsminister Rumsfeld im Vorfeld deutlich gemacht: Es sei unverständlich, »warum eine Organisation, die allen Formen von Terrorismus eine Absage erteilt, zu ihrer Sitzung einen der Hauptsponsoren des weltweiten Terrorismus« einlade.¹⁹

Definiert man »strategische Partnerschaft« als langfristig angelegte enge Zusammenarbeit zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele auf der Basis gemeinsamer Werte und der Übereinstimmung über die anzuwendenden Mittel, trifft der Begriff auf die Beziehungen zwischen Russland und Iran nicht zu. Zwar wird er von beiden Seiten benutzt, auf iranischer Seite nachdrücklicher als auf russischer, aber aus unterschiedlichen Gründen. Der Kreml und russische Regierungsvertreter beschreiben damit nicht den gegenwärtigen Stand des Verhältnisses, sondern verstehen die »strategische Partnerschaft« als Vision, als künftige Möglichkeit und Anreiz für den Iran, sein Verhalten zu ändern. Dies wird aber nicht überall richtig gedeutet – vermutlich weder in Washington noch in Teheran.

17 So der Direktor des Zentrums für Russland-, Zentralasien- und Kaukasus-Studien, Mehdi Sanai, »ŠOS ne možet ignorirovat' Iran pri rešenii regional'nych problem« [Die SOZ kann Iran bei der Lösung regionaler Probleme nicht ignorieren], in: *RIA Novosti*, 30.5.2006.

18 Das erste Treffen fand im September 2005 am Rande der Vollversammlung der UN in New York statt.

19 »Iran bittet Shanghai-Gruppe um Schutz vor dem Westen«, in: *Russland.ru* (online), 15.6.2006, <www.aktuell.ru/russland/politik/iran_bittet_shanghai_gruppe_um_schutz_vor_dem_westen_3130.html>.

Putins »Energieklub« und die »Gas-OPEC«

»Ich glaube, dass die Schaffung eines Energieklubs der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit eine dringende Angelegenheit ist.« (Wladimir Putin)²⁰

»Wir schlagen vor, dass Russland und Iran eine Öl- und Gas-Gemeinschaft bilden, um die Aktivitäten und den Ressourcenreichtum unserer Länder zu bündeln.« (Manuchehr Mohammadi)²¹

»Ich glaube, es ist notwendig, eine Gasallianz zu gründen, der Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan, Russland, die Ukraine und Belarus beitreten. In der Zukunft, nach der Beseitigung des Problems mit dem iranischen Atomprogramm, sehe ich auch Iran in diesem Bündnis.« (Valerij Jasew)²²

Im Gespräch mit Ahmadinedschad auf dem SOZ-Gipfel in Shanghai stellte Putin fest: »Die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten haben sich in den letzten Jahren rasch entwickelt. Natürlich hinken unsere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen noch hinter denen mit der EU, China und Japan hinterher. Dennoch haben wir seit dem Jahr 2000 unser Handelsvolumen verdreifacht. Das ist eine gute Wachstumsrate und ein guter Indikator.«²³ Tatsächlich hat Russland aus seiner Partnerschaft mit Iran wirtschaftliche Vorteile gezogen. Dies gilt weniger für den Umfang des Handels, sondern mehr für dessen Struktur. Der Wert des Warenaustausches betrug 2006 mehr als 2 Mrd. US-Dollar, wobei die russischen Einfuhren in den Iran sehr gering sind. Der größte Teil besteht aus Lieferungen für Großprojekte wie das Atomkraftwerk in Buschehr und hydroelektrische Kraftwerke sowie aus Waffen und militärischer Ausrüstung.

Neben der nuklearen Zusammenarbeit käme auch im Energiesektor eine enge Kooperation zwischen Russland und Iran politisch internatio-

20 Präsident Putin auf dem Jubiläumsgipfel in Shanghai am 15.6.2006; Aleksej Nikol'skij/Vasilij Kašin/Ekaterina Kudaškina, »Neftegazovoe edinstvo. Putin predlagaet stranam ŠOS sozdat' énergetičeskij klub« [Einheit in Öl und Gas. Putin schlägt den SOZ-Ländern vor, einen Energieklub zu gründen], in: *RBCdaily* (Integrum-Datenbank), 19.6.2006; »President Putin Proposes SCO »Energy Club«, in: *RIA Novosti* (online), 15.6.2006.

21 *Itartass* (Moskau), 14.4.2006. Mohammadi ist einer der vielen stellvertretenden iranischen Außenminister und zuständig für die Forschung. Damit untersteht ihm das Institute for Political and International Studies (IPIS).

22 Der Vorsitzende des Energiepolitischen Komitees der Duma in einer Rede vor der Russischen Gasunion am 31.10.2006; »Gazoobraznoe protivostojanie« [Gasförmiges Gegenüber], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 31.10.2006; Bericht der Nachrichtenagentur RIA Novosti vom 31.10.2006; »Russia Calls for Gas Alliance with Iran«, in: *Daily Telegraph*, 31.10.2006, <www.news.com.au/dailytelegraph/story/0,22049,20676058-31037,00.html>.

23 Quellenangabe wie Fn. 11.

nale Bedeutung zu. Entsprechend vorheriger Absprachen enthielt sich Ahmadinedschad auf dem SOZ-Gipfel anti-israelischer Ausfälle und konzentrierte sich ganz auf dieses Thema. Den Mitgliedstaaten der Organisation schlug er eine enge Zusammenarbeit im Energiesektor und ein Treffen der Energieminister in Teheran vor. Im direkten Gespräch mit Putin lud er Russland ein, mit Iran bei der »Energiewirtschaft, Erkundung, Gewinnung und gemeinsamen Nutzung von Ressourcen [...] und auf dem Gebiet des Transports und der Transitbeförderungen zu kooperieren«. Auch im Erdgassektor, »sowohl bei der Frage der Festlegung von Preisen als auch bei den Transportrichtungen und -strömen«, könne er sich ähnliches vorstellen.²⁴ Putin wiederum erregte mit der Idee Aufsehen, im Rahmen der SOZ einen »Energieklub« (*energetitscheskij klub*) zu gründen, was er als eine »dringende Angelegenheit« bezeichnete.²⁵ Zu Recht wies er gegenüber Ahmadinedschad darauf hin, dass russische und iranische »Unternehmen bereits im Begriff« seien, »ihre Zusammenarbeit im Öl- und Gassektor zu festigen«.²⁶ Angesichts der Politik des Kremls, Energie als Machtinstrument einzusetzen, und der beherrschenden Stellung Gasproms im eurasischen Gasgeschäft stellen die russisch-iranischen Vorschläge sowie die scheinbaren oder tatsächlichen Absichten Putins und Ahmadinedschads eine brisante Mischung dar.

Die ökonomische und geostrategische Bedeutung einer umfassenderen Kooperation auf dem Ölsektor wäre allerdings vergleichsweise gering. Irans nachgewiesene Ölvorkommen sind mit 133 Mrd. Barrel die drittgrößten, Russlands mit 60 Mrd. Barrel die achtgrößten der Welt. Bei der Produktion liegt Russland international an erster und Iran an fünfter Stelle. Und beim Erdöllexport nimmt Russland den zweiten und Iran den vierten Platz auf der Weltrangliste ein. Wegen der breiten Streuung der Ölvorkommen und der beherrschenden Stellung der arabischen Golfstaaten beim Export halten die SOZ-Mitglieder zusammen mit Iran dennoch nur einen Anteil von ca. 20 Prozent am globalen Ölgeschäft.

Eine rege russisch-iranische Zusammenarbeit auf dem Erdölsektor verbirgt sich hinter dem Akronym CSROS (*Caspian Sea Republics Oil Swap*). Der Kern dieser Kooperation besteht darin, dass russische Ölfirmen wie Lukoil, aber auch kasachische und turkmenische Unternehmen Erdöl im iranischen Hafen Neka am Kaspischen Meer anliefern und Iran diesen Firmen dieselbe Menge Öl in seinen Häfen am Persischen Golf zur Verfügung stellt. Das Volumen dieses Swap-Geschäfts beträgt derzeit 120 000 Barrel Öl pro Tag und soll in den nächsten Jahren erheblich ausgeweitet werden.²⁷

24 Aleksej Nikol'skij/Vasilij Kašin/Ekaterina Kudaškina, »Rossija i Kitaj dostigli uspecha v Šanchae« [Russland und China haben in Shanghai einen Erfolg erzielt], in: *RBK.ru* (online), 19.6.2006; »Jugo-Vostočnaja karta Rossii« [Die südöstliche Karte Russlands], in: *Ekspert* (Integrum-Datenbank), 19.6.2006.

25 »President Putin Proposes SCO »Energy Club«« [wie Fn. 20].

26 Nikol'skij/Kašin/Kudaškina, »Rossija i Kitaj dostigli uspecha v Šanchae« [wie Fn. 24].

27 »Pervaja godovščina novoj vlasti« [Der erste Jahrestag der neuen Macht], in: *Neft' Rossii* (Integrum-Datenbank), 2.11.2006.

Bei Erdgas stellt sich die Situation anders dar. Hier ist die russisch-iranische Kooperation ökonomisch und politisch wesentlich bedeutsamer. Die beiden international größten Erdgasproduzenten verfügen auch über die meisten Reserven. Russland rangiert auf dem Weltmarkt mit einem Anteil von 25 Prozent an erster, Iran mit 18 Prozent an zweiter Stelle der Erdgasanbieter. Die russische Position wird noch dadurch gestärkt, dass es privilegierten Zugang zu den auf über 3 Bill. m³ geschätzten nachgewiesenen Erdgasvorkommen in Turkmenistan hat. Russland ist Hauptabnehmer des turkmenischen Erdgases, und auf seinem Territorium endet die bislang einzige Pipeline, über die turkmenisches Gas nach Westeuropa transportiert werden kann. Ein bilateraler Vertrag aus dem Jahr 2003 sieht vor, dass von 2007 an der Löwenanteil der derzeitigen Fördermenge, 50 Mrd. m³, an Gazprom geliefert wird. Weitere 8 Mrd. m³ liefert Turkmenistan derzeit nach Iran. Ab 2008 sollen es 14 Mrd. m³ sein.²⁸

Die vage Vision oder – je nach Sichtweise – der Alptraum einer eurasischen »Gas-OPEC«,²⁹ die Preis- und Mengenabsprachen trifft, erhielt im Oktober 2006 konkrete Konturen. Der wichtigste Gazprom-Lobbyist im russischen Parlament und Vorsitzende des Duma-Energieausschusses, Valerij Jasew, schlug vor, eine internationale Allianz von Ländern ins Leben zu rufen, die Gas gewinnen und exportieren. Jasew begründete dies damit, dass Russland sich einem »Abnehmerkartell« in Gestalt der EU gegenübersehe, das den Zugang zu den Pipelines regelt. Zur Änderung der Kräfteverhältnisse regte er die Bildung einer internationalen Allianz nichtstaatlicher Organisationen der Gasproduzenten und -exporteure an, die sich auf die Strukturen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft stützen und der zu einem späteren Zeitpunkt – »nach der Beseitigung des Problems mit dem iranischen Atomprogramm« – auch Iran beitreten soll. Dass der Vorschlag ernst gemeint war, wurde durch die Bemerkung Jasews unterstrichen, die Idee käme von Putin.³⁰

Zum nahezu selben Zeitpunkt wurde ein Geschäft bekannt, in das sowohl Gazprom als auch iranisches Erdgas involviert waren. Anfang November 2006 kaufte Gazprom die Mehrheitsanteile am russisch-armenischen Joint-venture ArmRosGas (für lediglich 119 Mio. US-Dollar). Die politische Bedeutung dieses Geschäfts liegt darin, dass das Gemeinschaftsunternehmen das Verteilernetz Armeniens und außerdem eine Erdgasleitung kontrolliert, die Armenien künftig mit Iran verbinden soll. Damit wird es auch für Georgien schwieriger, sich von russischen Gaslieferungen unabhängig zu machen.³¹ Die russisch-iranische Kooperation auf dem Erdgas-

²⁸ Darstellung und Analyse bei Andrea Schmitz, *Eine Frage des Geldes. Turkmenistan nach dem Führungswechsel*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2007 (SWP-Aktuell 15/07).

²⁹ Dieser Begriff wurde nach Putins »Energieklub«-Vorschlag in der russischen wie in der westlichen Diskussion gebraucht; siehe z.B. »Rossija pugaet ›gazovym OPEK« [Russland droht mit einer »Gas-OPEC«], in: *RBK.ru* (online), 31.10.2006.

³⁰ »Gazoobraznoe protivostojanie« [wie Fn. 22].

³¹ Julian Evans, »The EU Should Be Playing Iran and Russia Off against Each Other«, in: *Eurasianhome.org* (online), 8.11.2006; *Reuters*, 8.11.2006, in: *Promyšlennost': 100 novostej* (Integrum-Datenbank), 1.11.2006.

sektor könnte sich auch durch den Bau der geplanten Erdgasleitung von Iran über Pakistan nach Indien weiterentwickeln. Bei seinem Besuch in Moskau stellte der indische Ölminister apodiktisch fest: »Russland wird sich an der iranischen Pipeline beteiligen.«³²

Die Idee der Gründung eines Kartells der weltweit wichtigsten Gasproduzenten spielte auch Anfang 2007 in Russlands Besuchsdiplomatie eine Rolle. Im Januar wurde sie vom russischen Energie- und Industrieminister Wiktor Christenko in Algerien diskutiert. Ajatollah Ali Chamenei, Irans faktischer Führer, machte dem russischen Sicherheitsrats-Sekretär, Igor Iwanow, in Teheran den gleichen Vorschlag. Schließlich kontrolliere man gemeinsam »mehr als die Hälfte der weltweiten Reserven«.³³ Putin stimmte Anfang Februar 2007 ebenfalls ein: »Eine Gas-OPEC ist eine interessante Idee, über die wir nachdenken werden.«³⁴ Sein Sonderbotschafter für EU-Angelegenheiten, Sergej Jastrshembskij, wiegelte diesbezügliche Fragen dagegen ab. Wo immer Russland Gas-OPEC-Pläne unterstellt würden, handele es sich um eine Mischung aus Nervosität, mangelnder Sachkenntnis und politisch motivierten »Bluffs«.³⁵ Putins außenpolitischer Berater, Sergej Prichodko, schlug in dieselbe Kerbe. Putin werde bei seinem Besuch Mitte Februar in Katar – nach Russland und Iran das drittgrößte Gasförderland der Welt – die Idee eines Gaskartells nicht zur Sprache bringen. »Das ist vor allem eine iranische Initiative«, beschwichtigte er.³⁶ In Doha stellte Putin dennoch klar: »Ich würde nicht sagen, dass wir das Angebot, ein Gas-Kartell zu bilden, zurückgewiesen hätten. Im Gegenteil, wir haben nichts ausgeschlossen, und ich habe gesagt, das sei ein interessantes Angebot.«³⁷

Putin wird sich darüber im Klaren sein, dass sich eine Gas-OPEC in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre technisch nicht umsetzen lässt, weil Erdgas – anders als Rohöl – an Pipelines gebunden und insofern keine Ware ist, die flexibel gehandelt werden kann. Deshalb wird Gas üblicherweise auf der Grundlage langfristiger Verträge verkauft, was für den russischen Gas-Exporteur Gasprom außerordentlich vorteilhaft ist. Bei diesem Konzern sieht man auch keinen Grund, bei den exklusiven Verhandlungen mit

32 »Rosnefti« i »Gazpromu« sdelali nekonkretnoe predloženie« [»Rosneft« und »Gasprom« ist ein wenig konkretes Angebot gemacht worden], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 31.10.2006; Evans, »The EU Should Be Playing Iran and Russia Off against Each Other« [wie Fn. 31].

33 Igor' L'vov, »Gazovaja OPEKa – intriga« [Die Gas-OPEC – eine Intrige], in: *Rossijskaja gazeta* (Internet-Ausgabe), 30.1.2007. Tatsächlich machen die russischen und iranischen Reserven nicht »mehr als die Hälfte«, sondern nur 42 Prozent der Weltvorräte aus.

34 Auf der jährlichen Pressekonferenz für russische und ausländische Journalisten am 1.2.2007, <www.kremlin.ru/appears/2007/02/01/1219_type63380type63381type82634_117597.shtml>.

35 Am 30.1.2007 im russischen Fernsehen; »Russland will von einer Erdgas-OPEC nichts wissen«, in: *Russland-Aktuell*, 1.2.2007, <www.aktuell.ru/russland/wirtschaft/russland_will_von_einer_erdgas_opez_nichts_wissen_1528.html>.

36 »Putin in Katar: Gas-OPEC kein Gesprächsthema«, in: *RIA Novosti*, 12.2.2007, <<http://de.rian.ru/world/20070212/60596030.html>>.

37 Auf einer Pressekonferenz mit dem Emir von Katar am 12.2.2007, <www.kremlin.ru/eng/speeches/2007/02/12/2240_type82914type82915_118309.shtml>.

Abnehmern aus der EU und den GUS-Staaten die Meinung eines unsicheren Kantonisten wie Iran zu berücksichtigen, der zwar Öl, aber kein Erdgas nach Europa exportiert.³⁸

Der Energiesektor ist im russisch-iranischen Verhältnis nicht nur Schauplatz harmonischer Kooperation. Er birgt auch Konfliktstoff. Die vom Kreml und Gazprom gegenüber den energieabhängigen GUS-Staaten verfolgte Preis- und Mengenpolitik und das damit verbundene Bemühen, die Kontrolle über Transitleitungen und Verteilernetze zu gewinnen, wird von Iran konterkariert. Das gilt auch für die russischen Versuche, Einfluss auf die politische Entwicklung in den betroffenen Ländern zu nehmen. Als Russland Anfang 2006 Georgien mit einer nahezu vollständigen Energieblockade unter Druck setzte, sprangen sowohl Aserbaidschan als auch Iran – über die kurz zuvor ausgebaute Pipeline von Astara über Gasi Mahomed nach Gasach – mit Hilfslieferungen ein. Auch als Aserbaidschan angesichts exorbitanter Preisforderungen Gazproms in Höhe von 235 US-Dollar pro 1000 m³ Erdgas – »kommerzielle Erpressung«, so Aserbaidschans Präsident Alijew – am 1. Januar 2007 den Bezug russischen Gases einstellte, erklärte Iran sich bereit, die Ausfälle zu kompensieren.³⁹

38 »Russland will von einer Erdgas-OPEC nichts wissen« [wie Fn. 35].

39 Vladimir Socor, »Azerbaijan's President Turns Down Gazprom's »Blackmail« Price«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 5.1.2007.

Waffenexporte und militärisch-technische Zusammenarbeit

*»Seltsame Geschichten ranken sich um diese Raketen [Luft-/Raketenabwehrsystem Tor-M1]. Manchmal lässt Minister Iwanow verlauten, die Raketen würden gar nicht geliefert.«
(Iwan Safrantschuk)⁴⁰*

*»Dieses Geschäft [Lieferung der Tor-M1 an Iran] ist absolut legitim, ob das nun jedem gefällt oder nicht.«
(Sergej Iwanow)⁴¹*

*»Wir haben die Waffen geliefert, damit sich Iran nicht in die Ecke gedrängt fühlt, sondern weiß, dass es Kommunikationskanäle und Freunde gibt, denen es trauen kann.«
(Wladimir Putin)⁴²*

Laut russischer Argumentation tragen die konventionellen Waffen, die Iran erhält, nicht dazu bei, die regionalen Machtverhältnisse zu destabilisieren. Russland liefere ausschließlich Verteidigungswaffen, und auch davon nur eine begrenzte Menge. Man führe Reparaturen aus und modernisiere die veraltete Waffentechnik. Das sei alles.⁴³ Wie glaubwürdig ist diese Argumentation und was ist von den immer wieder erhobenen amerikanischen Vorwürfen zu halten, »die russische Regierung« liefere »tödliche militärische Ausrüstung« an Iran, einen »staatlichen Sponsor von Terrorismus«?⁴⁴ Washington dienen solche Unterstellungen als Legitimation zur

40 In einem Radio-Interview, Radio Mayak (Moskau), 20.2.2006. Safrantschuk ist Senior Fellow am Center for Defense Information in Moskau.

41 Entgegnung auf die kritische Bemerkung des amerikanischen Außenministeriums, Waffenlieferungen an Iran als einem der Sponsoren des internationalen Terrorismus seien nicht positiv zu bewerten; »Gosdepartament SŠA vyrazil razočarovanie po povodu postavok v Iran zenitno-raketnych komplexov ›Tor-M1‹« [Das State Department der USA äußert sich enttäuscht wegen der Lieferung von Flugabwehrraketenkomplexen »Tor-M1« an den Iran], in: *Prajm-Tass* (Moskva), 17.1.2007.

42 Auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 10.2.2007 als Antwort auf die Frage, warum Russland Tor-M1-Raketen an Iran geliefert habe; Live-Fernsehübertragung, *Kanal Phoenix*, 11:50 Uhr.

43 So beispielsweise General Michail Dmitriew, Chef der russischen Rüstungsagentur, zitiert bei: Sergej Babičev, »Rabotaem na perspektivu« [Wir arbeiten perspektivisch], in: *Gudok* (Integrum online), 17.10.2003. Die Rüstungsagentur hieß zu diesem Zeitpunkt »Komitee für militärisch-technische Zusammenarbeit« (KWTS), heute Rosoboronexport.

44 So das amerikanische Außenministerium im September 2003 als Erklärung für die Verhängung von Sanktionen gegen den Rüstungsbetrieb KBP Tula, der bereits wegen des angeblichen Verkaufs von Komet-Raketen an den Irak in die amerikanische Schusslinie geraten war. Nach Angaben des State Department hat KBP Tula lasergesteuerte Artilleriesysteme vom Typ Krasnopol an Teheran geliefert; Bill Gertz, »U.S. Sanctions Moscow-Owned Firm for Iran Sales«, in: *Washington Times* (Internet-Ausgabe), 16.9.2003.

Verhängung von Sanktionen, sei es gegen russische Rüstungsfirmen oder die staatliche Rüstungsagentur Rosoboronexport.

In den siebziger Jahren hatte der Schah in großem Umfang Waffen von westlichen Staaten gekauft, insbesondere den USA. Nach der Revolution, im achtjährigen Krieg gegen den Irak Saddam Husseins, büßte die Islamische Republik allerdings zwischen 50 und 60 Prozent ihres Arsenal ein. Teheran war nicht in der Lage, diesen Verlust wieder auszugleichen. Aufgrund des amerikanischen Waffenembargos konnte es auch den alternden Bestand westlicher Waffen nicht einsatzfähig halten. Zwar bezog Iran von Russland unter anderem MiG-29S- und Su-24MK-Kampfflugzeuge, Transporthubschrauber, Kampf- und Schützenpanzer, S-200-Flugabwehrsysteme und U-Boote der Kilo-Klasse.⁴⁵ Die Hoffnung aber, Russland würde die USA langfristig als Lieferant moderner Waffen ersetzen, erfüllte sich nicht.

Ein Grund dafür liegt in einem im Jahre 1995 vom damaligen russischen Ministerpräsidenten Wiktor Tschernomyrdin und dem amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore unterzeichneten geheimen Protokoll, in dem die Einschränkungen des russischen Waffenhandels mit Iran festgelegt wurden. Dem Protokoll zufolge durften bestehende Verträge über Lieferungen von Panzern und Schützenpanzern und über deren Produktion unter russischer Lizenz sowie über den Verkauf von Infanteriewaffen und U-Booten zwar noch erfüllt werden. Neue sollten aber nicht mehr geschlossen werden. Die russische Rüstungslobby kritisierte das Protokoll von Beginn an heftig. Beständen diese politischen Beschränkungen nicht, so ihre Vertreter, sei die russische Rüstungsindustrie in der Lage, Lieferverträge mit Iran im Wert von bis zu 8 Mrd. US-Dollar abzuschließen.⁴⁶ Wohl nicht zuletzt aufgrund rüstungswirtschaftlicher Interessen kündigte das russische Außenministerium das Protokoll im November 2000 mit der Begründung, die USA hätten die vereinbarte Geheimhaltung verletzt. Außerdem sei im Iran eine positive Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse zu beobachten.

Die Aufkündigung des Protokolls hatte jedoch keine wesentlichen Veränderungen im Waffengeschäft mit Iran zur Folge. Dies geht aus der umseitigen Tabelle hervor, die eine Übersicht über die Lieferung russischer Waffen und militärischer Ausrüstung an Iran in der Ära Putin bietet.

Die westliche Einschätzung der Bedeutung russischer Waffenexporte wird immer wieder durch russische Angaben fehlgeleitet. Im Oktober 2003 behauptete beispielsweise General Michail Dmitriew, der Chef der russischen Rüstungsagentur, dass Iran mit einem Volumen von 270 Mio. US-

⁴⁵ Konstantin Makienko, »The Outlook for Russian-Iranian Arms Trade: Opportunities and Risks«, in: *Ėksport vooruženij*, (März–April 2001), S. 2–7. Zu amerikanischen Sanktionen gegen russische Rüstungsfirmen und Konstruktionsbüros siehe unten in diesem Kapitel.

⁴⁶ Makienko, ebd.; Il'ja Bulavinov, »Maršal Sergeev narušil protokol« [Marschall Sergejew hat das Protokoll verletzt], in: *Kommersant*, 14.1.2000. Bulavinov beruft sich auf Quellen aus dem russischen militärisch-industriellen Komplex, die den Umfang möglicher Waffenexportgeschäfte mit Iran auf einen Wert von 4 Mrd. US-Dollar beziffern.

Tabelle
Russlands Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung an den Iran, 2000–2006

Vertrags- gegenstand	Hersteller bzw. Lieferant	Kosten (Mio. US-\$)	Datum des Abschlusses	Liefer- termin	Bemer- kungen
21 Transporthub- schrauber Mi-171	Flugzeugwerft Ulan-Ude	100*	April 2001	Ende 2001– Anfang 2002	
12 Militärtransport- hubschrauber Mi-171Sh	Flugzeugwerft Ulan-Ude	60*	Ende 2001	2002–2003	Laut einiger Quellen war die Lieferung von 30 Hubschraubern geplant
3 Übungsflugzeuge für Bodenangriffe SU-25UBK	Flugzeugwerft Ulan-Ude	30*	2003	2003	
Lasergesteuerte 155 mm-Artillerie- granaten	Konstruktions- büro Tula			2003 (?)	Berichte über die Lieferung wurden von offizieller Seite dementiert
3 Übungsflugzeuge für Bodenangriffe SU-25UBK	Flugzeugwerft Ulan-Ude		2005	2006	Möglicherweise handelt es sich um die Kampfversion SU-25T
Reparatur und Modernisierung von 3 U-Booten – Project 877EKM	Schiffbauwerft Swesdotschka, Sewerodwinsk		2005 (?)	Die Arbeit an einem U-Boot im Iran beganng 2005	Die U-Boote sollen mit Club-S-Raketen gegen Überwasserschiffe aus- gerüstet sein
29 Luftabwehr- raketensysteme Tor-M1	Elektromecha- nisches Werk Kupol, Ischewsk	700	Dezember 2005	2006	Nach einigen Quellen 32 Systeme, Abkommen laut Verteidigungsminister Iwanow ausgeführt
Reparatur und Modernisierung von Kampfflugzeugen MiG-29 und Su-24		700	Dezember 2005 und Juli 2006		
Lieferung eines Bootes für den Küstenschutz			Dezember 2005		
6 Su-25T-Kampf- flugzeuge für Bodenangriffe	Flugzeugwerft Ulan-Ude			2006	Rosoboronexport bestätigte, dass 6 Su-25T exportiert worden seien, nannte aber den Käufer nicht

* Schätzung.

Quellen: Für den Zeitraum bis Ende 2005: Mikhail Barabanov, »Russia on Iran's Market for Arms«, in: *Moscow Defense Brief* (Centre for Analysis of Strategies and Technologies), (2006) 1, S. 14. Für 2006: »Rosoboronëksport« i »Suchoj« popali pod amerikanskije sankcii za sotrudničestvo s Iranom« [»Rosoboronexport« und »Suchoj« sind wegen ihrer Zusammen-
arbeit mit Iran mit amerikanischen Sanktionen belegt worden], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 5.8.2006.

Dollar den dritten Platz unter den Zielländern russischer Waffenexporte und Lieferungen militärischer Ausrüstung einnehme.⁴⁷ Dieser dritte Platz – hinter China und Indien – bedeutet laut dieser Angabe aber nur einen Anteil von 5,6 Prozent an den Gesamtexporten. Anderen offiziellen Quellen und unabhängigen Schätzungen zufolge rangierten jedoch Algerien und Kuwait mit jeweils etwa 4 Prozent der Waffenexporte vor Iran.⁴⁸ Insgesamt dürfte der durchschnittliche Wert der Lieferungen russischer Waffen und militärischer Ausrüstung sowie von Ersatzteilen in den Jahren 2000 bis 2006 bei nicht mehr als 50 Mio. US-Dollar pro Jahr gelegen haben.⁴⁹

Zudem trifft das russische Argument zu, dass die Waffen, die Iran bis Ende 2006 bekommen hat, nicht geeignet sind, die regionalen Machtverhältnisse nachhaltig zu verändern. Die in der Tabelle aufgeführten Lieferungen waren quantitativ und qualitativ beschränkt: Die MiG-29S-Kampfflugzeuge sind veraltet und nicht mit Präzisionswaffen gegen Bodenziele ausgerüstet. Gleiches gilt für Su-24MK-Kampfflugzeuge, von denen ohnehin nur wenige geliefert wurden. Zwar hat Teheran Transporthubschrauber erhalten, aber keine Kampfhubschrauber moderner Bauart. Auch die Anzahl der Kampf- und Schützenpanzer macht nicht jene Verluste wett, die Iran im langjährigen Krieg gegen den Irak erlitten hat. Die S-200-Flugabwehrsysteme haben zwar eine große Reichweite, aber eine veraltete Lenkung; Iran konnte Russland nicht dazu überreden, moderne S-300- oder S-400-Systeme zur Verfügung zu stellen. Iran erhielt auch nicht die ballistische Boden-Boden-Rakete SS-26 Iskander, die bei den russischen Streitkräften auch mit Nuklearwaffen ausgerüstet ist (Reichweite 280 km). Selbst die U-Boote der Kilo-Klasse waren ursprünglich nicht, wie die modernere russische Version 636M, mit Raketensystemen gegen Überwasserschiffe ausgerüstet.⁵⁰

Offizielle und inoffizielle russische Berichte deuten darauf hin, dass im Jahr 2005 eine quantitativ und qualitativ bedeutsame Entwicklung im Rüstungsgeschäft eingesetzt hat (siehe Tabelle). In diesem Jahr soll die Überstellung von drei Übungsflugzeugen für Bodenangriffe vereinbart und Ersatzteile und neue Komponenten für die Reparatur und Modernisierung von U-Booten geliefert worden sein.⁵¹ Ende des Jahres setzte sich dieser Trend in dem mit Teheran geschlossenen Vertrag fort, in dem der Verkauf

⁴⁷ Zitiert bei: Babičev, »Rabotaem na perspektivu« [wie Fn. 43].

⁴⁸ Konstantin Makienko, »Okončatel'nye itogi 2002 goda v oblasti VTS Rossii s inostrannymi gosudarstvami« [Endgültige Ergebnisse im Bereich der militärisch-technischen Zusammenarbeit Russlands mit ausländischen Staaten im Jahre 2002], in: *Ėksport vooruženij*, (Januar–Februar 2003), S. 2; »Fighters to Become the Basis of Russian Arms Exports«, in: *CAST Comments* (online), 5.8.2003.

⁴⁹ Laut Angaben von Marat Kenzhetayev vom Center for Arms Control, zitiert bei: Lyuba Pronina, »Iran in Talks to Refurbish Subs«, in: *Moscow Times* (Internet-Ausgabe), 5.7.2005.

⁵⁰ Makienko, »The Outlook for Russian-Iranian Arms Trade« [wie Fn. 45].

⁵¹ Teil der Modernisierung ist die Ausrüstung der U-Boote mit Club-S-Marschflugkörpern, die Ziele auf See und an Land bis zu einer Reichweite von 275 km bekämpfen können. Die Flugkörper erkennen und folgen Radarsignalen des Ziels und sind dabei selbst mit Systemen gegen elektronische Gegenmaßnahmen (ECM) ausgerüstet.

von 29 Raketensystemen vom Typ Tor-M1 an Iran im Wert von insgesamt 700 Mio. US-Dollar vereinbart wurde. Dabei handelt es sich nach Angaben des russischen Verteidigungsministers um »ein auf der Welt einzigartiges System, das in der Lage ist, gleichzeitig bis zu 48 Ziele zu erfassen und je zwei Objekte parallel zu bekämpfen, die sich in einer Flughöhe von 20 bis 6000 Metern befinden«. Das Waffensystem biete »eine wirksame Verteidigung gegen Marschflugzeuge, zielgeführte Flugzeugbomben, Flugzeuge, Hubschrauber und Drohnen« und könne daher einen »ernstzunehmenden Beitrag zur Bewahrung der Souveränität Irans« leisten. Im Klartext: Es wäre dazu geeignet, iranische Atomanlagen vor amerikanischen oder israelischen Angriffen aus der Luft zu schützen.⁵² Mit ebenfalls 700 Mio. US-Dollar schlägt die zum selben Zeitpunkt getroffene Vereinbarung für die russische Rüstungsindustrie zu Buche, die im iranischen Bestand befindlichen russischen Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 und Su-24 zu reparieren und zu modernisieren und ein Küstenschutzboot zu liefern.

Im Juli 2006 bestätigte Rosoboronexport die vertragsgemäße Lieferung von sechs Su-25T-Kampfflugzeugen.⁵³ Teil der Vereinbarungen ist auch die Reparatur und Modernisierung jener Su-25T, die von irakischen Piloten zu Beginn des Golfkrieges 1991 nach Iran gebracht worden waren, um sie vor amerikanischen Luftangriffen zu schützen.⁵⁴ Ebenfalls im Juli 2006 soll zwischen Rosoboronexport und dem iranischen Verteidigungsministerium ein Abkommen über die Reparatur und Modernisierung von 30 Su-24-Flugzeugen geschlossen worden sein.⁵⁵

Das in dieser Phase erhöhter Spannung im Atomkonflikt mit Iran (siehe unten) geschlossene Abkommen über die Lieferung von Tor-M1-Raketen, die das Land vor möglichen amerikanischen und/oder israelischen Luftangriffen schützen sollen, kann als Gradmesser der russischen Haltung zu Iran dienen. Es gibt aber auch Rätsel auf, was die russischen Entscheidungsprozesse betrifft: Ende November 2006 wurde ein namentlich nicht genannter Mitarbeiter des russischen Verteidigungsministeriums mit der Äußerung zitiert, dass die Lieferung von 29 Tor-M1-Flugabwehrkomplexen bereits begonnen habe.⁵⁶ Die für den Waffenexport zuständige Agentur

⁵² Iwanow Ende Mai 2006 im Gespräch mit Bundesverteidigungsminister Franz-Joseph Jung in Sankt Petersburg; »Peregovory glav oboronnych vedomstv Rossii i Germanii« [Verhandlungen zwischen den Verteidigungsministern Russlands und Deutschlands], in: *Voennopromyšlennyj kur'er* (Integrum-Datenbank), 31.5.2006. Die tatsächlichen Erfolgsaussichten einer Abwehr amerikanischer oder israelischer Militärschläge stellen sich allerdings anders dar. Die Systeme wären aufgrund ihrer geringen Zahl schnell überwältigt.

⁵³ So Iwan Gontscharenko, stellvertretender Leiter von Rosoboronexport, auf der internationalen Luftfahrtausstellung in Farnborough; Vladimir Karnozov, »First Export for Su-25T«, in: *Flight International*, 25.-31.7.2006, S. 27.

⁵⁴ Ebd. Einzelheiten zur Modernisierung von MiG-29-, Su-24- und Su-25-Flugzeugen in: *Jane's Defence Weekly*, 7.12.2005, S. 7.

⁵⁵ »Rosoboronëksport« i »Suchoj« popali pod amerikanske sankcii za sotrudničestvo s Iranom« [»Rosoboronexport« und »Suchoj« sind wegen der Zusammenarbeit mit Iran mit amerikanischen Sanktionen belegt worden], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 5.8.2006.

⁵⁶ »Defense Official: Russia Has Begun Air Defense Missile System Deliveries to Iran«, in: *International Herald Tribune* (Internet-Ausgabe), 24.11.2006.

Rosoboronexport bezeichnete die Berichte jedoch als unzutreffend.⁵⁷ Anfang Januar 2007 wiederholte sich der Vorgang: Wiederum unter Berufung auf Quellen im Verteidigungsministerium wurde die Meldung verbreitet, die Hälfte der 29 Tor-M1-Flugabwehrkomplexe, die Bestandteil des nun auf 1,4 Mrd. US-Dollar bezifferten Vertrages sind, seien ausgeliefert worden.⁵⁸ Diesmal gab es dazu eine offizielle Stellungnahme des Verteidigungsministeriums, das (berechtigterweise) erklärte, es befasse sich »nicht mit dem Abschluss und der Ausführung von Verträgen über den Export russischer Waffen«. Im übrigen seien die Meldungen über die Abwicklung des Vertrags »inkorrekt«.⁵⁹ Der Verteidigungsminister dagegen betonte im Laufe des Jahres 2006 immer wieder, dass das Abkommen mit Iran abgewickelt werde,⁶⁰ und stellte Mitte Januar 2007 fest, es sei nun erfüllt worden.⁶¹ Amerikanische Kritik wies er mit den Worten zurück, das Geschäft verstoße nicht gegen die vom UN-Sicherheitsrat im Dezember 2006 beschlossenen Sanktionen, weil die Vereinbarung zur Lieferung der Tor-M1 vorher getroffen worden sei. Falls Iran wünsche, auch weiterhin von Russland Verteidigungswaffen zu beziehen, sei Moskau zu entsprechender Zusammenarbeit bereit.⁶²

Die »seltsamen Geschichten«, die sich um die Tor-M1-Raketenerlieferungen in Form widersprüchlicher Angaben ranken – sowohl innerhalb als auch zwischen Institutionen und ihren Vertretern im Verteidigungs- und militärisch-industriellen Komplex –, sind nicht nur wegen der systempolitischen Frage bedeutsam, wie effizient die »Machtvertikale« Putinscher Prägung noch ist. Sie fließen auch in eine Bewertung der russischen Iran-Politik ein. Sollte sich herausstellen, dass das Abkommen nicht erfüllt wurde, wäre zu folgern, dass es aus russischer Sicht unter dem Vorbehalt einer Änderung

57 »Russia's Arms Exporter Denies Delivery of Air Defense Systems to Iran«, in: *Mosnews.com*, 25.11.2006, <<http://mosnews.com/news/2006/11/25/nosuppliesiran.shtml>>.

58 Die ursprüngliche Meldung kam von der Nachrichtenagentur Itartass. Wie verschiedene andere russische Agenturen und Presseorgane hatte auch der Moskau-Korrespondent der iranischen Nachrichtenagentur IRNA die Meldung sofort aufgegriffen und verbreitet; *Islamic Republic News Agency (IRNA)*, Bericht vom 3.1.2007; desgleichen: »Minoborony RF: Rossija napolovinu vypolnila kontrakt na postavku Iranu PVO ›Tor-M1‹« [Verteidigungsministerium der RF: Russland hat den Vertrag zur Lieferung von Flugabwehr-Raketen »Tor-M1« an Iran zur Hälfte erfüllt], in: *WebDigest.RU*, 3.1.2007. Die westliche Presse hielt die ursprüngliche Nachricht für richtig – so beispielsweise Manfred Quiring, »Moskau liefert Teheran trotz UN-Sanktionen Flugabwehrraketen«, in: *Die Welt* (Internet-Ausgabe), 4.1.2007.

59 »Minoborony oproveraet soobščeniya o postavkach Iranu rossijskich ZRK« [Das Verteidigungsministerium dementiert Berichte über Lieferungen russischer Flugabwehrsysteme an Iran], in: *Grani.Ru* (Integrum-Datenbank), 3.1.2006.

60 So beispielsweise bei seinem Besuch in Peking im April 2006; »Jadernoe dos'e Irana obsuždaetsja v Pekine« [Das nukleare Dossier Irans wird in Peking erörtert], in: *Gudok* (Integrum-Datenbank), 26.4.2006. Auch der Chef des russischen nationalen Sicherheitsrats, Igor Iwanow, bestätigte die Abwicklung des Abkommens bei seinem Besuch in Teheran im Mai 2006; »Diplomatičeski-zenitnyj kompleks v dejstvii« [Diplomatischer Abwehrkomplex in Aktion], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 29.5.2006.

61 Nikolaj Poroskov, »Tory« dlja ajatoll« [»Tor«-Raketen für die Ajatollahs], in: *Vremja novostej*, 17.1.2007; siehe auch »Gosdepartament SŠA« [wie Fn. 41].

62 Poroskov, ebd.

der iranischen Atompolitik geschlossen worden ist. Das würde heißen, dass Moskau es mit dem Druck auf Teheran ernst meint. Die mehrfach hinausgeschobene Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Buschehr (siehe unten, S. 34) würde diese Annahme stützen. Allerdings stehen ihr die apodiktischen Feststellungen Iwanows entgegen, die Lieferungen seien erfolgt.

Was die Möglichkeit des iranischen Griffs nach der Atomwaffe besonders problematisch und, wie Außenminister Lawrow im Januar 2006 äußerte, »besonders akut« macht, ist der Umstand, dass »Iran ein ziemlich entwickeltes Raketenprogramm für mittlere und große Reichweiten besitzt.«⁶³ Das wirft die Frage auf, ob russische Technologie und Techniker mithelfen oder mitgeholfen haben, ein solches Programm aufzulegen.

63 Daniel Brössler, »Enttäuschte Freunde«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.1.2006, S. 6.

Zusammenarbeit bei Trägersystemen für Atomwaffen

»Das iranische Problem ist sehr akut. Wir sollten nicht vergessen, dass Iran ein ziemlich entwickeltes Raketenprogramm für mittlere und große Reichweiten besitzt.«
(Sergej Lawrow)⁶⁴

Als Trägersysteme für iranische Nuklearwaffen kommen die Schahab-3- und -4-Mittelstreckenraketen in Frage. Erstere befinden sich bereits im iranischen Arsenal, wenn auch in unbekannter Zahl. Außerdem wird an der Modernisierung dieser Rakete gearbeitet. Teherans damaliger Verteidigungsminister Ali Schamschani gab im Juli 2005 stolz zu Protokoll, dass die Reichweite der Schahab-3 von 1300 km auf 2000 km gesteigert werden konnte. Mit der Schahab-4 will Iran die Reichweite offenbar weiter erhöhen. Nach Einschätzung von US-Rüstungsexperten könnte die geplante Rakete, je nach Schwere des Sprengkopfs, bis zu 3000 km weit geschossen werden.⁶⁵

Die Fachleute sind sich einig, dass Teheran dieses fortgeschrittene Stadium seiner Vorhaben ohne ausländische Hilfe nicht hätte erreichen können.⁶⁶ Dementsprechend erhebt die amerikanische Regierung immer wieder den Vorwurf, Moskau helfe Iran dabei, ballistische Raketen mittlerer und großer Reichweite sowie Marschflugkörper herzustellen. Noch immer befänden sich russische Techniker und Ingenieure im Land, die bei der Konstruktion von Raketen mitarbeiteten, und Komponenten für entsprechende Programme würden weiterhin geliefert. Russland befindet sich daher regelmäßig auf der Liste derjenigen Staaten, die nach Auffassung des amerikanischen Außenministeriums den sanktionsbewehrten Iran Nonproliferation Act (Public Law 106-178) verletzen. So wurden im August 2006 die staatliche russische Rüstungsagentur Rosoboronexport und der Flugzeughersteller Suchoj sowie im Januar 2007 wiederum Rosoboronexport und die Konstruktionsbüros für Militärtechnik KBP in Tula und KBM in Kolomna bei Moskau auf die Sanktionsliste gesetzt. Als Begründung wird stets angegeben, die betroffenen Institutionen seien »für den Transfer von Ausrüstung und Technologie an Iran« verantwortlich, die der multilateralen Exportkontrolle unterlägen (etwa dem *Missile Technology Control Regime* oder der *Nuclear Suppliers Group*) oder geeignet wären, »einen mate-

⁶⁴ Am 12.1.2006 in Moskau; zitiert ebd.

⁶⁵ Manfred Pantförder, »Iraner erschleichen sich russisches Raketen-Know-how«, in: *Welt.de*, 7.3.2006; Ariel Cohen/James A. Phillips, *Russia's Dangerous Missile Game in Iran*, Washington, D.C.: Heritage Foundation, 13.11.1997 (Executive Memorandum Nr. 503).

⁶⁶ Grundlegend zu dieser Thematik: Oliver Thränert, *Die Verbreitung von Raketen und Marschflugkörpern. Stand – Tendenzen – Gegenmaßnahmen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2005 (S 15/05), und Anthony H. Cordesman, *Iran's Developing Nuclear and Missile Programs*, Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies (CSIS), Februar 2007, <www.csis.org/media/csis/pubs/070216_iran_proliferation.pdf>.

riellen Beitrag zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, Marschflugkörpern oder ballistischen Raketensystemen zu leisten«. ⁶⁷

Unklar ist jeweils, worin die Verletzungen im Detail bestehen, da das State Department dazu keine Angaben macht. Russischen Fachleuten zufolge könnten sich die im Jahr 2006 erhobenen Vorwürfe gegen das oben erwähnte Abkommen zur Reparatur und Modernisierung von 30 Su-24 gerichtet haben. Dieser Flugzeugtyp ähnelt der amerikanischen F-111, dessen FB-111-Variante dem Strategic Air Command lange Zeit als nukleares Trägersystem diente. ⁶⁸

Nach amerikanischer Auffassung ist die Beweislage bei den Mittelstreckenraketen allerdings eindeutig. Ein im November 2003 vom CIA vorgelegter Bericht stellt kategorisch fest: Die »Hilfe seitens russischer Einheiten [units] hat das iranische Bemühen unterstützt, neue Raketen zu entwickeln und Teherans Eigenständigkeit bei der Raketenproduktion zu stärken«. ⁶⁹ Der unbestimmte Begriff »Einheiten« deutet aber darauf hin, dass die amerikanische Regierung offenlassen will, ob der Transfer von Raketentechnologie von der russischen Regierung autorisiert oder geduldet wurde oder unter Umgehung von Bestimmungen und Kontrollen stattgefunden hat.

Die russische Regierung wiederum weist routinemäßig alle Vorwürfe energisch zurück. Russische Forschungs- und Entwicklungsbüros oder Rüstungsbetriebe seien nicht an iranischen Programmen zur Herstellung von Mittelstreckenraketen beteiligt. Die betreffenden Institutionen und Betriebe hielten sich strikt an die Bestimmungen des internationalen »Regimes zur Kontrolle des Transfers von Raketentechnologie«. ⁷⁰

Welche dieser Behauptungen sind glaubwürdig? Angesichts der nahezu pathologischen Geheimniskrämerei Moskaus und Teherans in militärischen Angelegenheiten einerseits und dem – nach den vorgelegten Berichten amerikanischer Geheimdienste über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak Saddam Husseins – zweifelhaften Realitätsgehalt amerikanischer Aufklärungsergebnisse andererseits ist die Frage schwer zu beantworten. Wissenschaftlich nicht zu beweisen, aber trotzdem plausibel ist, dass in Anbetracht der in Russland auf allen Ebenen grassierenden Korruption durch tätige Mithilfe bestechlicher Beamter doch Komponenten für iranische Raketenprogramme geliefert worden sind – ohne Wissen des Außenministeriums. Darüber hinaus könnten Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker lukrative iranische Angebote an-

⁶⁷ U.S. Department of State, Public Notice 5483 in the Federal Register, <www.defenseindustrydaily.com/2006/08/us-ban-on-russian-defense-firms-raises-the-stakes/index.php>.

⁶⁸ »Rosoboronèksport« i »Suchoj« [wie Fn. 55].

⁶⁹ »Unclassified Report to Congress on the Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions«, January 1 through June 30, 2003, in: <<http://hongkong.usconsulate.gov/uscn/others/2003/111301.htm>>.

⁷⁰ So das russische Außenministerium wieder im Januar 2007; »O vvedenii Gosdepartamentom SŠA sankcij« [Über die Verhängung von Sanktionen durch das State Department der USA], Pressemitteilung vom 6.1.2007, <www.mid.ru/brp_4.nsf/0/E92C96D205CF6934C325725B0052B131>.

genommen haben, an Raketenprogrammen mitzuarbeiten. Wahrscheinlich sind die amerikanischen Vorwürfe demnach nicht völlig unbegründet. Allerdings sind die entsprechenden Vorhaltungen nicht Ausdruck einer echten Besorgnis, dass die russische Regierung Iran aktiv und in großem Stil dabei helfe, strategische Fähigkeiten und einsatzfähige Technologie zu entwickeln. Nordkorea und China leisten mit ihrer Unterstützung Irans, auf die die CIA ebenfalls hinweist, zweifellos einen bedeutsameren Beitrag. Vermutlich geht es den USA bei den Vorwürfen gegen Russland vorrangig darum, den Kreml davor zu warnen, bestimmte Grenzen bei Waffenlieferungen und militärtechnologischer Kooperation zu überschreiten. Zudem wollen sie Russland zu größerer Wachsamkeit bei den Kontrollregimen anhalten und es außerdem davon überzeugen, dass Iran nicht als normales Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu behandeln ist, sondern als *state sponsor of terrorism*, den es international zu isolieren gilt.

Unstrittig ist, dass Russland und Iran bei der Weltraumtechnik zusammenarbeiten. In Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im sibirischen Krasnojarsk und in Omsk werden Kommunikations- und Aufklärungssatelliten für Iran gebaut und vom nordrussischen Kosmodrom Plessetzk mit russischen Raketen in ihre Erdumlaufbahnen befördert. Im Jahr 2003 hatte der Iran angekündigt, eigene Satelliten mit eigenen Träger raketen starten zu wollen. Aufgrund vor allem amerikanischen und israelischen Widerstands gegen diese Pläne und angesichts von Befürchtungen, die Trägerraketen könnten auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden, hatten sich Moskau und Teheran auf diese Form der Zusammenarbeit geeinigt.

Trotzdem hat diese Kooperation auch militärische Aspekte. Bei Weltraumforschung und Satellitenentwicklung geht es vorrangig um Abschusstechniken, die sich bei Satelliten und Raketen ähneln. Nicht von ungefähr hatte Teheran das Schahab-4-Projekt anfangs damit begründet, Satelliten ins All schicken zu wollen. Nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste sollen iranische Raketenexperten aus dem südlich von Teheran gelegenen Rüstungsunternehmen Shahid Hemat in russische Weltraumforschungsinstitutionen eingeschleust worden sein. Ziel der Iraner sei es, die Entwicklung einer eigenen Abschusstechnik zu beschleunigen. Den Russen solle Wissen entlockt werden, das die Iraner für die Ausstattung eines Testgeländes und Kontrollzentrums für Langstreckenraketen benötigen. Zu resümieren ist: Während der Iran vordergründig das ehrgeizige Ziel verfolgt, eigene Satelliten ins All zu befördern, treibt das Land gleichzeitig sein Raketenprogramm voran. Und Russland kann unter diesen Umständen weiterhin behaupten, es halte sich an den Vertrag zur Nichtverbreitung von Raketentechnologie.⁷¹

⁷¹ Pantförder, »Iraner erschleichen sich russisches Raketen-Know-how« [wie Fn. 65].

Der Atomstreit

*»Ich bin sicher, dass Iran versucht, Nuklearwaffen zu bauen. Es wäre dumm anzunehmen, dass sie das nicht wollten.«
(Ewgenij Adamow)⁷²*

*»All diese Sprüche, dass sie Nuklearenergie lediglich für friedliche Zwecke produzieren und so weiter, das war doch alles nur Gerede. Ob unsere Diplomaten das geglaubt haben? Ich will das gar nicht kommentieren.«
(Georgij Mirskij)⁷³*

»Die jüngsten Schritte auf iranischer Seite haben uns überzeugt, dass Iran nicht die Absicht hat, eine Atombombe zu bauen.« (Wladimir Putin)⁷⁴

Wie verhält es sich mit dem Transfer von nuklearem Know-how, Ausrüstungen und Materialien an Iran? Leistet Russland aktive Hilfe beim Aufbau eines militärischen Programms der Islamischen Republik oder darf Iran die Zusammenarbeit mit Moskau für eigene militärische Zwecke zumindest nutzen? Gehen russische Entscheidungsträger und Fachleute davon aus, dass die Führungselite in Teheran eine unwiderrufliche Entscheidung für die Nuklearbewaffnung getroffen hat, oder sehen sie Möglichkeiten, auf eine Änderung der iranischen Politik hinzuwirken? Und schließlich: Unterstellt, der Kreml ist sich der Risiken bewusst, die von einem nuklear bewaffneten Iran ausgehen, welche Schritte hat Russland unternommen und ist es künftig bereit zu unternehmen, um diese Risiken zu bannen?

Auf Regierungsebene begann die russisch-iranische Zusammenarbeit in Nuklearfragen im Januar 1995: Moskau verpflichtete sich vertraglich, für 800 Mio. US-Dollar einen von der Siemens Kraftwerk Union zu mehr als 80 Prozent fertiggestellten, im Irak-Krieg aber teilweise zerstörten Leichtwasserreaktor in Buschehr wieder aufzubauen.⁷⁵ Im Jahr 1998 wurden die von Iran aufzubringenden Gesamtkosten auf 1,2 Mrd. US-Dollar fest-

⁷² Am 11.5.1998, kurz nach seiner Ernennung zum Minister für Atomenergie; »Russia Says Nuclear Sales to Iran Pose No Threat«, *Reuters*, 11.5.1998.

⁷³ In einem Interview mit dem regimekritischen russischen Radiosender *Echo Moskvy* am 12.4.2006. Mirskij ist langjähriger Nahostexperte des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO).

⁷⁴ »Vladimir Putin gotovitsja k vizitu v Iran« [wie Fn. 13]; verbreitet am 18.2.2005 von der russischen Nachrichtenagentur Interfax.

⁷⁵ Die Darstellung der Entwicklung der russisch-iranischen Zusammenarbeit in Nuklearfragen basiert auf Hans Rühle, »Der Atompatte hält schützend die Hand über Teheran«, in: *FAZ online*, 27.4.2006; Kenneth R. Timmerman, *Iran's Nuclear Program: Myth and Reality*, Kensington, MD: The Middle East Data Project, 30.9.1995, <www.uspid.org/sections/02_Books_Documents/Proceedings/none_cast95/ItalyIran.html>, und Anton Chlopkov/Vasilij Lata, »Iran's Missile and Nuclear Challenge: A Conundrum for Russia«, in: *Jadernyj Kontrol Digest*, 8 (Sommer/Herbst 2003), S. 4–15.

gelegt.⁷⁶ Die USA hatten vergeblich versucht, den Abschluss des Vertrags zu verhindern, in dem sie Regelungen zu militärischen Aspekten vermuteten (oder eventuell sogar davon wussten). Als ein Mitglied der iranischen Verhandlungsdelegation nur wenige Wochen später Washington Unterlagen übergab, in denen Einzelheiten über ein geheimes Zusatzabkommen festgehalten waren, sahen sich die Amerikaner in ihrem Misstrauen bestätigt. Moskau sicherte Teheran demnach den Bau eines 30- bis 50-Megawatt-Forschungsreaktors zu, dessen spezielle Konfiguration nur einen Sinn haben konnte: die Gewinnung von waffenfähigem Plutonium. Es versprach zudem die Lieferung von 2000 Tonnen Roh-Uran, Hilfe beim Abbau von Uranerz, die Lieferung einer kompletten Anlage zur Anreicherung von Uran auf der Basis russischer Zentrifugentechnik und die Ausbildung iranischer Nuklearspezialisten.⁷⁷

Auf der russisch-amerikanischen Gipfelkonferenz im Mai 1995 bestätigte der damalige Präsident Jelzin die russische Hilfe für ein iranisches Atomwaffenprogramm, stellte aber klar: »Es ist wahr, dass der Vertrag Komponenten ziviler und militärischer Nuklearenergie enthält. [...] Wir sind übereingekommen, diese beiden Komponenten zu trennen. Was die militärischen Anteile betrifft und die Möglichkeit, waffenfähiges Material herzustellen – die Zentrifugen, die Konstruktion von Leitungen –, haben wir entschieden, diese Aspekte aus dem Vertrag zu streichen.«⁷⁸ Bereits einen Tag später äußerte Wiktor Michajlow, der russische Minister für Nuklearenergie, Russland werde sich weiterhin um einschlägige Geschäfte mit Iran bemühen. Niemand könne sein Ministerium daran hindern, Iran zu einem späteren Zeitpunkt eine auf Gaszentrifugen beruhende Urananreicherungsanlage zu liefern; schließlich sei Urananreicherung kein militärischer Vorgang. Selbstverständlich werde die Ausbildung iranischer Nuklearspezialisten fortgesetzt. Der Vertrag über den Bau eines Forschungsreaktors werde bald unterschrieben.⁷⁹

Die Ablösung des als Hardliner bekannten Atomministers Michajlow im März 1998 durch den Leiter des Forschungsinstituts für Nuklearfragen, Ewgenij Adamow, wurde so interpretiert, dass Minatom – das Ministerium für Atomenergie – nun stärker auf amerikanische Besorgnisse Rücksicht nehmen würde. Tatsächlich räumte Adamow gegenüber einer amerikanischen Nachrichtenagentur ein: »Ich bin sicher, dass Iran versucht, Nuklearwaffen zu bauen. Es wäre dumm anzunehmen, dass sie das nicht wollten.«⁸⁰ Auch zwei hohe Mitglieder der US-Regierung ließ er wissen,

76 »Iran zahlt nicht für russisches Kernkraftwerk«, in: *Russland-Aktuell*, 20.2.2007, <www.aktuell.ru/russland/wirtschaft/iran_bezahlt_nicht_fuer_russisches_kernkraftwerk_1542.html>.

77 Rühle, »Der Atompate« [wie Fn. 75]; Timmerman, *Iran's Nuclear Program* [wie Fn. 75].

78 Zitiert bei Rühle, »Der Atompate« [wie Fn. 75]; englischer Text bei: Christopher Holton, »Iran's Long March to Nuclear Weapons«, in: *WorldTribune.com*, 6.10.2004, <www.worldtribune.com/worldtribune/WTARC/2004/wtt_10_06.html>.

Mit »Leitungen« (*shafts*) waren wohl die Verbindungen oder Röhren gemeint, die die kinetische Energie in einem Atomkraftwerk transportieren.

79 Rühle, »Der Atompate« [wie Fn. 75].

80 Zitat bei »Weapons of Mass Destruction«, in: *GlobalSecurity.org*, updated July 1, 1998, <www.globalsecurity.org/wmd/library/report/crs/98-299.htm>.

dass Iran im Begriff sei, Nuklearwaffen zu entwickeln. Dann aber betonte er, dass dies für Russland kein Grund sei, die nukleare Zusammenarbeit mit Iran zu beenden.⁸¹ Dazu kam es auch nicht. Noch im Juli 2002 vereinbarten Moskau und Teheran eine umfassende, auf zehn Jahre angelegte Zusammenarbeit in Nuklearfragen, die den Bau von insgesamt sechs Atomreaktoren vorsah, vier davon in Buschehr und die restlichen zwei in Ahvaz, 100 km von der Grenze zum Irak entfernt.⁸² Im Rahmen der Zusammenarbeit werden iranische Wissenschaftler am Moskauer Kurtschatow-Institut für Kernenergie unterwiesen und Hunderte von Ingenieuren und Technikern am AKW Nowoworonesch ausgebildet. Zweifellos lässt sich ein Teil des erworbenen Wissens und der Kenntnisse über die zivile Nutzung von Nuklearenergie auch für militärische Zwecke nutzen.

Das Jahr 2003 markiert einen Wendepunkt in der internationalen und womöglich auch in der russischen Einschätzung des iranischen Nuklearprogramms. Die Exilorganisation »Nationaler Widerstandsrat Irans« informierte die Weltöffentlichkeit darüber, dass Iran sich anschicke, einen kompletten nuklearen Brennstoffkreislauf aufzubauen. Zudem lieferten die Exiliraner die Koordinaten für eine Reihe bislang geheimer Nuklearanlagen, zum Beispiel für die auf industrielle Großproduktion ausgelegte unterirdische Urananreicherungsanlage in Natans und die Schwerwasseranlage in Arak. Kurze Zeit später bestätigte die iranische Regierung diese Angaben und teilte der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) mit, dass sie seit 18 Jahren ein geheimes Nuklearprogramm betreibe.⁸³ In dem Bericht, den die IAEA dem Gouverneursrat für seine Sitzung am 20. November 2003 übergab, wurde außerdem behauptet, dass dem Iran von Russland Technologie zur Anreicherung von Uran geliefert worden sei.⁸⁴ Die Inspektoren der IAEA fanden im Februar 2004 heraus, dass in den von Iran produzierten Zentrifugen in Russland hergestelltes angereichertes Uran verwandt wurde.⁸⁵ In seiner Resolution vom 26. November 2003 warf der Gouverneursrat der IAEA Iran zwar nicht direkt vor, ein Atomwaffenprogramm verfolgt zu haben oder verfolgen zu wollen, äußerte aber »allergrößte Besorgnis« darüber, dass »Iran in nichtdeklarierten Einrichtungen und in Abwesenheit von IAEA-Schutzbestimmungen Uran angereichert und Plutonium davon getrennt hat«.⁸⁶

81 Rühle, »Der Atompaté« [wie Fn. 75].

82 »Rossija podelitsja s Iranom mirnym atomom« [Russland teilt mit Iran friedliches Atom], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 27.7.2002.

83 Dieser Absatz wörtlich bei: Rühle, »Der Atompaté« [wie Fn. 75].

84 George Jahn, »Russia Surfaces in IAEA's Probe of Iran«, Bericht der Associated Press in: *Moscow Times*, 21.11.2003, S. 3. Als weitere Staaten, aus denen Lieferungen gekommen sein sollen, wurden China und Pakistan genannt.

85 William J. Broad, »Iran Uranium Tied to Russia«, in: *International Herald Tribune*, 1.3.2004, S. 3. Allerdings waren die Inspektoren die Ansicht, das Uran stamme nicht direkt aus Russland.

86 Zitiert bei David Shelby, »United States Welcomes IAEA Resolution on Iran«, 26.11.2003, <www.usembassy.it/file2003_11/alia/a3112702.htm>.

Die Teheraner Führung treibt offenbar weiterhin Forschungen zur Urananreicherung auch mit Hilfe von Lasertechnik voran – wiederum mit russischer Unterstützung. Laut Aussage des Fachblattes *Jane's Intelligence Review* hatte Teheran bereits 1974 ein Forscherteam zusammengestellt, um die Lasertechnologie zu entwickeln. Ende der neunziger Jahre wandten sich die Iraner dann erstmals an Russland und erbaten vom Jefremow-Institut für Theoretische und Experimentelle Physik in Sankt Petersburg fachlichen Beistand. Darüber hinaus wollte Iran auch die dazugehörige Technologie erwerben. Russland soll bereit gewesen sein, sie zu liefern, besann sich aber angeblich im Jahr 2000 nach intensivem amerikanischem Druck anders.⁸⁷ In einem Brief vom 19. August 2003 teilte die iranische Führung der IAEA mit, die entsprechenden Experimente seien endgültig eingestellt worden.⁸⁸ Der Nationale Widerstandsrat bezeichnete diese Aussage jedoch wiederholt als falsch. Die Arbeiten würden im Militärkomplex Parchin südöstlich von Teheran fortgesetzt.⁸⁹ Dies wiederum – wie auch die von Russland weiterhin geleistete Hilfe für dieses Programm – wurde von einem russischen Ingenieur bestätigt, der sich an einem Institut außerhalb Moskaus mit der Entwicklung von Atomreaktoren befasst.⁹⁰

Folgt daraus, dass Russland »Lieferant nuklearer Hardware und Nuklearspezialisten«, »unabdingbarer Partner« und »Hauptsponsor des militärischen iranischen Nuklearprogramms« war und ist und damit der »Atompate« Irans?⁹¹ Dieser Schluss wöge umso schwerer, als das Moskauer außen- und sicherheitspolitische Establishment schon 1998 (Adamow, wie oben, S. 31, zitiert) genau dies annahm und Außenminister Lawrow im Jahr 2006 noch einmal bestätigte: »Das Fehlen wirtschaftlicher Logik und einer realen, praktischen Notwendigkeit [für Atomkraftwerke in Iran] nährt den Verdacht, dass dieses Programm geheime militärische Aspekte enthält.«⁹² Putin stellte zwar noch im Februar 2005 nach Gesprächen mit dem damaligen iranischen Atom-Chefunterhändler Hassan Rohani in Moskau fest: »Die jüngsten Schritte auf iranischer Seite [Unterzeichnung einer Vereinbarung mit Russland über die Rücknahme abgebrannter atomarer Brennstoffe und Zusicherung im Rahmen der Verhandlungen mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien (der EU-3), die Programme zur Urananreicherung einzustellen] haben uns überzeugt, dass Iran nicht die Absicht hat, eine Atombombe zu bauen.« Russland werde aus diesem Grund seine Zusammenarbeit mit Teheran »auf allen Feldern fortsetzen,

⁸⁷ Judith Miller, »U.S. Asks Putin Not to Sell Iran a Laser System«, in: *New York Times* (Internet-Ausgabe), 19.9.2000.

⁸⁸ Zitiert in: »Iran betreibt zweites Atomprogramm zur Urananreicherung«, in: *Spiegel online*, 10.8.2006.

⁸⁹ Ebd. Auch westliche Quellen äußerten derartige Zweifel; siehe Victor Mizin, »The Russia-Iran Nuclear Connection and U.S. Policy Options«, in: *Middle East Review of International Affairs*, 8 (März 2004) 1, <<http://meria.idc.ac.il/journal/issue/jv8n1a7.html>>.

⁹⁰ »Iran betreibt zweites Atomprogramm zur Urananreicherung« [wie Fn. 88].

⁹¹ Dies ist im Kern Rühles These, »Der Atompate« [wie Fn. 75].

⁹² In einem Interview mit dem russischen Radiosender *Echo Moskvy*, »Evrotrojka« chochet peredat' delo Irana v Sovbez«, zitiert vom russischen Dienst der BBC am 12.1.2006.

einschließlich der Nuklearenergie.«⁹³ Diese Äußerung entspricht höchstwahrscheinlich nicht der tatsächlichen Auffassung des Kremls. Putin wollte es Iran damit vermutlich erleichtern, sich ohne Gesichtverlust von einem militärisch orientierten Atomprogramm zu verabschieden.

Zweifel an der These von der Atompatenschaft sind jedoch angebracht. Sie lassen sich anhand der folgenden Überlegungen konkretisieren:

- ▶ Iranische Fachleute haben eine völlig andere Auffassung von der »Hilfe« Russlands im zivilen Bereich – und erst recht bei militärischen Aspekten der Nuklearkooperation – als die russische Seite. Sie klagen über nicht eingelöste Versprechen, über »Ausflüchte« und den »Schaden, den die Russen bei der nuklearen Zusammenarbeit für friedliche Zwecke« anrichteten. Es handele sich dabei um eine »unendliche Geschichte«.⁹⁴
- ▶ Das iranische Lamento bezieht sich unter anderem darauf, dass Moskau den Termin für die Lieferung von Brennstäben – angereichertes Uran – und damit das Datum der Inbetriebnahme des ersten Reaktorblocks in Buschehr immer wieder verschoben hat. Nach den ursprünglichen Plänen sollte er bereits im September 2003 in Betrieb genommen werden. Bis zum heutigen Tag ist dies jedoch nicht geschehen.⁹⁵ Iran mahnte wiederholt zur Eile, so etwa der iranische Vizepräsident und Chef der iranischen Atomenergiekommission, Gholam-Reza Aghasadeh, bei seinem Besuch in Moskau im September 2006. Er verlangte, dass der Reaktor im Laufe des nächsten halben Jahres einsatzbereit sein müsse. Die russische Atomenergiebehörde Rosatom wies dieses Ansinnen jedoch zurück. Aghasadeh musste sich mit der Antwort zufriedengeben, das Atomkraftwerk könne erst im September 2007 in Betrieb genommen werden.⁹⁶ Im Januar 2007 behauptete Rosatom-Chef Sergej Kirienko in Teheran, alles verlief nun nach Plan, die ersten Brennstäbe würden im März geliefert.⁹⁷ Aber bereits im Februar wurde deutlich, dass es nicht dazu kommen würde.
- ▶ Die Terminverschiebungen sind vermutlich weniger auf technische, sondern eher auf politische Ursachen zurückzuführen. Dies wurde am 19. Februar 2007 deutlich, zwei Tage vor Ablauf der Frist, die der UN-Sicherheitsrat für die Aussetzung des iranischen Nuklearprogramms gesetzt hatte. Wären die Brennstäbe termingerecht geliefert worden,

⁹³ »Vladimir Putin gotovitsja k vizitu v Iran« [wie Fn. 13].

⁹⁴ So ein iranischer Publizist, der sich häufig zu Nuklearfragen in Iran äußert; Mehdi Mohammadi, »Gone with the Wind«, in: *Keyhan* (Teheran), September 2005, Foreign Broadcast Information Service-MESA, 9.1.2005.

⁹⁵ »Iran's Buschehr Plant to Start Operations September 2003«, AFP, 15.2.2002.

⁹⁶ Vasilij Kašin/Aleksej Nikol'skij, »\$3 mlrd ot izgoja. Rossija podtverždaet starje i zaključaet novye kontrakty s Iranom« [3 Mrd. US-Dollar vom Paria. Russland bestätigt alte und schließt neue Verträge mit Iran], in: *Vedomosti* (Internet-Ausgabe), 19.9.2006. Sollte dies geschehen, überträfe die Länge der Bauzeit trotzdem alles je Dagewesene: Seit Beginn des Siemens-Projekts wären dann 33 Jahre und seit Beginn der russischen Beteiligung 12 Jahre vergangen.

⁹⁷ Ivan Groškov/Michail Sergeev/Sergej Kulikov, »Moskva našla povod otstupit'sja ot Irana« [Moskau hat einen Grund gefunden, sich von Iran loszusagen], in: *Nezavisimaja gazeta* (Internet-Ausgabe), 20.2.2007.

hätte dies die russischen Diplomaten in New York in eine peinliche Situation gebracht; denn zu diesem Zeitpunkt debattierte der Sicherheitsrat über eine Verschärfung der Sanktionen. Vermutlich um das Eintreten dieser Peinlichkeit zu verhindern, bemängelte Rosatom, ihr Tochterunternehmen Atomstrojexport habe im Februar 2007 kein Geld von Iran für die Fortsetzung des Reaktorbaus erhalten. Im Januar habe Iran nur ein Viertel und im letzten Quartal 2006 nur 60 Prozent der vereinbarten Zahlungen geleistet. Nach einer im Dezember getroffenen Absprache sollte Iran jeden Monat mindestens 25 Mio. US-Dollar an den russischen Auftragnehmer überweisen. Die iranische Zentralbank legte im Januar jedoch fest, dass solche internationalen Geschäfte nicht mehr in »geächteten« US-Dollar, sondern in Euro abgewickelt werden müssen. Sprecher von Atomstrojexport bemühten sich zunächst, jegliche Spekulationen über den Grund der Verzögerungen im Keim zu ersticken. Es gebe keinerlei politischen Hintergrund, beteuerten sie. Die Zahlungen seien allem Anschein nach in der iranischen Bürokratie hängengeblieben.⁹⁸ Außerdem könnten sie sich nach »russischem Recht nicht einfach so, ohne Abschluss eines zusätzlichen Abkommens, auf eine andere Währung umstellen.«⁹⁹ Die iranische Atomenergiebehörde behauptete dagegen, von Zahlungsverzug könne keine Rede sein. Iran zahle stets pünktlich.¹⁰⁰

- ▶ Die politisch motivierten Verzögerungen werden seit 2003 durch eine kontinuierliche Verschärfung der russischen Position in der Atomfrage flankiert. Putin hatte zuvor immer wieder betont: »Sowohl Russland als auch die USA sind daran interessiert, das Regime für die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen und ihren Trägersystemen sowie anderen Massenvernichtungswaffen zu stärken. Unsere nationale Sicherheit hängt stark davon ab.«¹⁰¹ Auch wenn zahlreiche Stellungnahmen Putins zu Problemen der internationalen Politik wenig glaubwürdig sind, lässt sich dennoch kaum vorstellen, dass es im russischen Interesse liegen könnte, ein atomar bewaffnetes islamistisches Regime an seiner Südgrenze entstehen zu sehen oder ihm gar dabei zu helfen, sich mit Atomwaffen auszurüsten. Bereits vor dem 11. September 2001 wurde von Teilen der Moskauer Machtelite die Ansicht vertreten, ein nuklear bewaffneter Iran und die Weiterverbreitung von Atomwaffen an der russischen Südgrenze seien nachteilig für die Sicherheit des Landes. Diese Haltung versteifte sich noch nach den Terrorangriffen in den USA und der Kontroverse um Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme

98 »Iran zahlt nicht für russisches Kernkraftwerk« [wie Fn. 76].

99 »Irans Atomprogramm: Sanktionen nach fehlenden Buschehr-Zahlungen«, in: *RIA Novosti*, 20.2.2007.

100 Sergej Kulikov, »Rjadovaja situacija obrnulas' skandalom. Moskva i Tegeran obvinjaju drug druga v sryve dogovorennostej« [Die normale Situation schlägt in einen Skandal um. Moskau und Teheran beschuldigen sich gegenseitig des Bruchs von Vereinbarungen], in: *Nezavisimaja gazeta* (Internet-Ausgabe), 21.2.2007; Groškov/Sergeev/Kulikov, »Moskva našla povod« [wie Fn. 97].

101 Interview mit *Wall Street Journal* im Moskauer Kreml am 11.2.2002, in: Presseabteilung des russischen Außenministeriums, Mitteilung vom 12.2.2002, <www.mid.ru>.

im Irak 2002/2003. Auch wurde der Druck Washingtons auf Moskau größer, gegenüber Teheran eine einheitliche Haltung einzunehmen.¹⁰² Als Teheran im Februar 2003 schließlich öffentlich verlauten ließ, es strebe die Entwicklung eines kompletten Nuklearkreislaufs an, begann sich Moskaus Position merklich zu ändern. Es begann nun seinerseits, Druck auf Teheran auszuüben, und unterstützte nachdrücklich die westlichen Forderungen, Iran solle ein Zusatzprotokoll mit der IAEA unterzeichnen, das schärfere Kontrollen der iranischen Atomanlagen gestattet. Weiterhin erklärte Russland, den Reaktor nur dann fertigzustellen, wenn Teheran bereit sei, den verbrauchten Nuklearbrennstoff nach Russland zu transferieren.¹⁰³

- ▶ Ein weiterer Grund für die angekündigten Verzögerungen, der zu einer weiteren Verhärtung der politischen Haltung beigetragen haben könnte, ist wirtschaftlicher Natur. Atomstrojexport vertrat den Standpunkt, dass die 1998 vereinbarte Summe von 1,2 Mrd. US-Dollar für den Fertigungsbau nicht ausreiche und daher erhöht werden müsse. Die von Siemens noch unter dem Schah in den siebziger Jahren im Rohbau errichtete Anlage, so das Argument der Baufirma, sei bei näherer Betrachtung in wesentlich schlechterem Zustand gewesen als ursprünglich gedacht. »Ein AKW kostet zwei bis drei Milliarden Euro. Es ist unmöglich, eines für eine Milliarde zu bauen«, so ein Mitarbeiter der Firma.¹⁰⁴ Denkbar erscheint, dass die russische staatliche Atomindustrie bereit ist, das momentan weder Gewinn noch Prestige bringende Projekt zu opfern, um Russland international auf der Seite jener zu halten, die das iranische Atomprogramm mit friedlichen Mitteln unter Kontrolle bringen wollen.¹⁰⁵
- ▶ Teheran wiederum hat sich nicht nur über Terminverschiebungen beklagt, sondern Russland auch vorgeworfen, es strebe gegenüber Iran eine Vormundschaft in Nuklearfragen an. Das habe sich deutlich bei den Verhandlungen im Jahr 2006 an dem russischen Vorschlag gezeigt, ein paritätisch zusammengesetztes Gemeinschaftsunternehmen zur Urananreicherung zu gründen. Ein weiterer Vorschlag lautete, dass Iran in

102 Ein Beispiel: Im August 2002 warnte der US-Staatssekretär für Energiefragen, Spencer Abraham, auf einer Pressekonferenz in Moskau: »Clearly the extension of Russian nuclear cooperation with Iran remains an issue of utmost concern to us. We consistently urge Russia to cease all nuclear cooperation with Iran, including its assistance to the reactor in Buschehr.« (Charles Digges, »US DOE Chief Harshly Criticises Russia-Iran Nuclear Cooperation«, Oslo: Bellona Foundation, 8.1.2002, <www.bellona.no/en/international/russia/nuke_industry/co-operation/25104.html>.)

103 Am 27.2.2005 unterzeichneten Rosatom und die iranische Atomenergiebehörde ein Protokoll, dem zufolge Russland sechs Monate vor der für Ende 2006 geplanten Inbetriebnahme des ersten Reaktorblocks in Buschehr 100 Tonnen Brennstoff (hochangereichertes Uran) liefern würde. Iran verpflichtete sich, den verbrauchten Brennstoff fünf Jahre nach der Entnahme aus dem Reaktor nach Russland zu verbringen. *Itartass*, 27.2.2005; »Rossija rasširjaet jadernoe prisutstvie v Irane« [Russland weitet seine nukleare Präsenz im Iran aus], in: *Kommersant*, 28.2.2005.

104 »Iran zahlt nicht für russisches Kernkraftwerk« [wie Fn. 76].

105 Ebd.

der Atomanlage in Isfahan Uran in das Gas Uran-Hexafluorid umwandeln und nach Russland transportieren solle, damit es in russischen Anlagen angereichert werden könnte. Diese Idee wurde Anfang 2006 weltweit als möglicher Ausweg aus einer verfahrenen Situation gewertet. Moskau galt somit als wichtiger Akteur bei den internationalen Bemühungen, Teheran von seinem Kurs abzubringen. Hätte Iran diesem Vorschlag zugestimmt, so die iranische Kritik, wäre Russland die Rolle eines internationalen Treuhänders zugewachsen. Zusammen mit der IAEA hätte es dann die Weiterentwicklung iranischer Programme für friedliche Zwecke behindern und den Aufbau eines vollständigen nuklearen Brennstoffkreislaufs verhindern können. Zweifellos hätte die russische Atomindustrie von der Annahme des Vorschlags profitiert und wäre in eine Art Monopolstellung gegenüber Iran gerückt. Damit wäre auch der Bau weiterer russischer Atomkraftwerke in Iran möglich gewesen.

- ▶ Auf amerikanisches Drängen und nach monatelangen Verhandlungen der fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschlands stimmte Russland der Resolution 1737 des Sicherheitsrats vom 23. Dezember 2006 zu, in der zum ersten Mal Sanktionen gegen die Islamische Republik verhängt werden. Zwar sind die Strafmaßnahmen in den Bereichen Handel, Finanzen, Reisen und Ausbildung relativ mild ausgefallen. Die Resolution bestimmte aber auch, dass Iran umgehend die Arbeit an seinen umstrittenen Atomprojekten (Urananreicherung einschließlich Forschung und Entwicklung sowie an Schwerwasserreaktoren) einstellen müsse, und drohte weitere Maßnahmen gemäß Artikel 41 Kapitel VII UN-Charta an, falls Iran diesen Forderungen nicht innerhalb von 60 Tagen nachkäme.¹⁰⁶
- ▶ Als Iran die Forderungen nicht fristgemäß erfüllte, Atomstrojexport die termingerechte Lieferung von Brennstäben in Frage stellte¹⁰⁷ und im UN-Sicherheitsrat bereits über weitere Sanktionen beraten wurde, erhöhte Moskau den Druck auf Iran. Russische Nachrichtenagenturen und Zeitungen zitierten eine namentlich nicht genannte »Quelle im Kreml« mit den Worten, man sei es leid, »mit Teheran antiamerikanische Spiele zu spielen«. Die Iraner »missbrauchen unsere konstruktiven Beziehungen und haben nichts dafür getan, uns davon zu überzeugen, dass ihre Politik konsistent ist. [...] Unsere Außenpolitik und unser Image nimmt Schaden, während sie [die Iraner] hartnäckig bleiben.« Iran könne aber nicht ewig auf gute Beziehungen zu Russland setzen. »Wenn Iran die Fragen der IAEA nicht beantwortet, dann ist es [für die Folgen] selbst verantwortlich. Für uns ist ein Iran mit Nuklearwaffen oder der Fähigkeit, diese zu produzieren, nicht akzeptabel.«¹⁰⁸

106 Text der Resolution 1737, <www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8928.doc.htm>.

107 Offiziell am 12.2.2007; »Rossija vydvinula Iranu trebovanija MAGATE« [Russland präsentiert die Forderungen der IAEA], in: *Kommersant* (Internet-Ausgabe), 13.3.2007.

108 »Rossija vydvinula Iranu trebovanija MAGATE« [wie Fn. 107]. Petr Iskenderov, »Bušerskaja reakcija« [Buschehr-Reaktion], in: *Vremja novostej* (Internet-Ausgabe), 13.3.2007, schreibt die Warnungen an Iran einer »hoch angesiedelten russischen Quelle« zu.

Die von westlichen Beobachtern immer wieder bemühte Metapher, Russland sei »Atompate« Irans, ist übertrieben. Rosatom und russische nukleare Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen haben zwar jahrelang fahrlässig, vielleicht sogar grob fahrlässig gehandelt. Hätte Washington nicht immer wieder Druck auf Moskau ausgeübt und dadurch russische Pläne durchkreuzt, hätte Iran sein Atomprogramm noch wesentlich weiter voranbringen können. Iran ist immerhin so weit fortgeschritten, dass die 2005 geschlossene Vereinbarung über den Rücktransport verbrauchter Brennstäbe nach Russland kein ernstzunehmendes Hindernis für das Land wäre, sich Nuklearwaffen zu verschaffen – vorausgesetzt, es wollte sich nuklear bewaffnen.¹⁰⁹

Aus all dem kann aber nicht geschlossen werden, dass Russland sich aktiv an einem iranischen Atomprogramm mit militärischer Zielrichtung beteiligt. Vielmehr bemüht es sich, Vorstellungen und Interessen miteinander zu vereinbaren, die sich in der Praxis widersprechen: Einerseits will Russland eine nukleare Bewaffnung Irans verhindern und potentielle Bedrohungen an seiner Südflanke abwenden. Andererseits will es seine besonderen Beziehungen zu Iran und seine Sonderinteressen nicht aufs Spiel setzen und sich nicht die Möglichkeit verbauen, in Aussicht genommene Großprojekte in den Feldern zivile Atomtechnologie, Weltraumforschung und Energie sowie beim Export konventioneller Waffen zu verwirklichen.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die künftige russische Position und Politik im Atomstreit? Diese Frage lässt sich am besten im Zusammenhang mit der russischen Haltung zu Sanktionen beantworten. Wie erwähnt, hat sich der Kreml lange gewehrt, Strafmaßnahmen gegen Iran zu erwägen. Es sei besser, so Putin noch auf dem G-8-Gipfel im Juli 2006, darüber gar »nicht erst zu sprechen, denn allein das Aufwerfen dieser Frage könnte ungünstige Bedingungen für den Beginn des Verhandlungsprozesses schaffen.«¹¹⁰ Als der Resolutionsentwurf dann doch die Androhung von Strafmaßnahmen enthielt, stellte der russische UN-Vertreter

109 Iran könnte innerhalb der vereinbarten fünf Jahre bis zur Rücksendung des verbrauchten Uran-Brennstoffs 1288 kg Plutonium gewinnen, was ausreichen würde, um 161 Nuklearwaffen herzustellen; *The Real Face of the IAEA's Multilateral Nuclear Approaches: The Proliferation of Nuclear Weapon Material and Environmental Contamination*, 26.9.2005 (Greenpeace Briefing Paper), <www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/IAEMultilateralNuclearApproachreport.pdf>. Die Berechnungen der Greenpeace-Fachleute lauten wie folgt: Der Buschehr-Reaktor hat eine Brennstoffkapazität von 103 tHM (tons of heavy metal). Bei einem Brennstoffverbrauch von 40 bis 50 Gigawatt und einem Zyklus von zwölf Monaten fallen pro Jahr 26 tHM abgebrannter Brennstoff an. Diese Menge enthält ein Prozent bzw. 260 kg Plutonium. Nach fünf Jahren hätte Iran 129 tHM abgebrannten Brennstoffs angesammelt. Iran könnte innerhalb dieses Zeitraums zu einem beliebigen Zeitpunkt den Nichtweiterverbreitungsvertrag kündigen. Auch wenn Russland dann die Anlieferung von hochangereichertem Uran stoppen und der UN-Sicherheitsrat Sanktionen verhängen würde, könnte Iran das Plutonium aus dem verbrauchten Brennstoff herauslösen und Atomwaffen herstellen.

110 »Press-konferencija po itogam vstreči glav gosudarstv i pravitel'stv ›Gruppy vos'mi« [Pressekonzferenz zu den Ergebnissen des Treffens der Staats- und Regierungschefs der »G 8«], 17.7.2006, <www.kremlin.ru/appears/2006/07/17/1858_type63377type63380type82634_108969.shtml>.

ihn beschwichtigend als »eine Einladung zum Dialog« dar.¹¹¹ Russische Nahostexperten und der Kreml argumentieren, dass man auf die innenpolitische Situation in Iran Rücksicht nehmen müsse. Der muslimische Klerus und die politische Klasse Irans seien keineswegs monolithisch; es gebe unterschiedliche Kräfte. Auch wenn ein breiter Konsens darüber existiere, dass die Entwicklung ziviler Nukleartechnologie wünschenswert sei, träfe dies für die Nuklearbewaffnung des Landes nicht zu. Sanktionen könnten Iran »für Jahrzehnte aus der zivilisierten Welt vertreiben«.¹¹²

Als Gegenargument lässt sich anführen, dass das Mullah-Regime in den letzten Jahren nicht moderater geworden ist, sondern sich mit der Wahl Ahmadinedschads im Juni 2005 radikalisiert hat. Das zeigt sich beispielsweise an der Reaktion auf die UN-Resolution, die Ahmadinedschad als einen »Schnipsel Papier« bezeichnete und die von Chefunterhändler Ali Laridschani mit den Worten quittiert wurde: »Wir werden mit vollem Tempo weitermachen.« Zudem verkündete der Vorsitzende des Außenausschusses des iranischen Parlaments, Alaeddin Borudscherdi, ab sofort würden in der umstrittenen Nuklearanlage Natans 3000 Zentrifugen zur Urananreicherung installiert.¹¹³ In den drei Wahlen vom 15. Dezember 2006 (Expertenrat, Kommunalwahlen und Nachwahlen zum Parlament) setzten sich zwar gemäßigte Kräfte durch.¹¹⁴ In der Vergangenheit wurden aber die Hoffnungen auf eine moderater werdende Islamische Republik immer wieder enttäuscht.¹¹⁵ Zudem wurde Ahmadinedschad bei den Wahlen im Dezember 2006 nicht wegen seiner Konfrontationspolitik gegenüber dem Westen, seiner Anti-Israel-Rhetorik oder seiner Haltung in der Nuklearfrage abgestraft, sondern aufgrund innenpolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Themen.¹¹⁶ Der – auch in der Nuklearfrage –

111 So der russische UN-Botschafter Witali Schurkin im Juli 2006; »Russland sieht im Resolutionsentwurf »eine Einladung zum Dialog«, in: *Russland.ru*, 30.7.2006.

112 So Igor Schuwalow, Berater Putins, 2006 verantwortlich für die Ausrichtung des G-8-Gipfels in Sankt Petersburg; *Reuters*, 5.9.2006.

113 »Iran rüstet umstrittene Atomanlage auf«, in: *Spiegel online*, 24.12.2006, <www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,456455,00.html>. Diese Aussage wurde aber von der Atomaufsichtsbehörde in Teheran dementiert.

114 So gewann beispielsweise der frühere Präsident Akbar Haschemi Rafsandschani mit großem Vorsprung vor seinem ultrakonservativen Konkurrenten Ayatollah Mohammed-Taqi Mesbah-Jasdi die Wahl zum »Expertenrat« in dem für die Interpretation der Ergebnisse wichtigen Wahlkreis Teheran; zur Bewertung der Wahlergebnisse siehe Johannes Reissner, *Iran: Wahlschlappe und Sanktionen. Hat iranische Politik Spielräume gewonnen?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2007 (SWP-Aktuell 2/07).

115 Die Präsidentschaftswahlen vom Juni 2005 etwa wurden als »Ausdruck grundsätzlicher Kräfteverschiebungen« zugunsten des »prinzipientreuen« (fundamentalistischen) und konservativ religiösen und politischen Lagers interpretiert, die eine »neue Distanz zum Westen« impliziere; Johannes Reissner, *Irans neue Distanz zum Westen. Die Präsidentschaftswahlen als Ausdruck grundsätzlicher Kräfteverschiebungen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2005 (SWP-Aktuell 32/05).

116 Reissner, *Iran: Wahlschlappe und Sanktionen* [wie Fn. 114]. Das Argument, dass nicht unbedingt ein Widerspruch zwischen der Pluralität der iranischen Elite einerseits und dem ausbleibenden Moderatwerden des Regimes andererseits bestehe, findet sich bei Volker Perthes/Eva Wegner, »Black Box Teheran: Iranische Interessen und Fraktionen im Atomkonflikt«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 51 (Juli 2006) 7, S. 829–836,

letztlich tonangebende Revolutionsführer Khamenei erklärte, Iran dürfe und werde sein Recht auf Nukleartechnologie nicht aufgeben.

Dieses Argument besitzt vermutlich größere Plausibilität, weil – umgekehrt – den Beobachtern in Teheran eine wichtige Lesart des Atomstreits in Moskau nicht verborgen geblieben sein kann: Der analytisch und politisch bedeutsame Rat für Außen- und Verteidigungspolitik (SWOP) stellt in einer Studie zum »Erweiterten Nahen Osten« fest, die iranische Elite sei in Anbetracht der israelischen und der pakistanischen Atomwaffen davon überzeugt, dass dem Iran nur durch den »Besitz dieser Waffe der Status einer regionalen Supermacht« zukomme. Die iranische Führungselite brauche die Atomwaffe auch als Mittel »innenpolitischer Konsolidierung« und sei durch nichts von ihrem Streben nach der Bombe abzubringen.¹¹⁷ Die Frage sei lediglich, wie lange es dauern würde, bis Iran über sie verfüge. Die Schätzungen reichten von einem »halben und ein bis zwei Jahren« (eine Minderheit) bis zu fünf Jahren (die Mehrheit). Allerdings werden die möglichen Konsequenzen einer iranischen Atomwaffe von der Mehrheit der SWOP-Experten nicht als »katastrophal« bewertet, »solange das Regime stabil« bleibe. Teheran werde die Waffe »nicht einsetzen und nukleare Technologie nicht an andere Staaten weitergeben, vor allem nicht an terroristische Organisationen«. Weiter hält das SWOP sowohl einen amerikanischen wie auch einen israelischen Militärschlag für eher unwahrscheinlich. Ein früherer stellvertretender russischer Verteidigungsminister äußerte dazu später, die iranische Bombe sei »eine größere Bedrohung für Washington und Jerusalem als für uns«.¹¹⁸ Aus diesen Analysen kann der Schluss gezogen werden, zu dem auch ein Teil der SWOP-Mitglieder kommt: Man sei gut beraten, »sich bereits jetzt an ein Zusammenleben mit einem nuklearen Iran zu gewöhnen«.¹¹⁹ Eine weitere, wenn auch in der Studie nicht ausdrücklich ausformulierte Empfehlung ist, zwar symbolische, aber keine substantiellen Sanktionen mitzutragen.

und Volker Perthes, »The EU Needs a US Input on Iran«, in: *European Affairs* (Washington, D.C.), 6 (Herbst 2005) 4, S. 17–20.

117 »Rossija i ›Rasširenyj Bližnij Vostok« [wie Fn. 3]. Den Vorsitz in diesem Rat, dem unter anderem auch Ex-Premier und Nahostexperte Jewgenij Primakow angehört, führt Sergej Karaganow vom Europainstitut. Eine ähnliche Ansicht vertritt der am Zentrum für internationale Sicherheitsfragen der russischen Akademie der Wissenschaften arbeitende Militärwissenschaftler Wladimir Dworkin: »Iran braucht Nuklearwaffen in erster Linie, um das Regime zu erhalten und Israel entgegenzutreten«; in einem Programm des Senders *Echo Moskvy* (Moskau), 12.4.2006.

118 Andrej Kokoschin, vormals stellvertretender Verteidigungsminister und Sekretär des Sicherheitsrats, derzeit Vorsitzender des Duma-Ausschusses für die GUS: »Niemand will eine Atombombe nahe seiner Grenze haben, aber die iranische Bombe ist eine größere Bedrohung für Washington und Jerusalem als für uns.« (In einem Interview mit Knesset-Mitglied Zeev Elkin im Oktober 2006; Ronny Sofer, »Warmth in Moscow, Reality in Iran«, in: *YNetNews*, 23.10.2006.)

119 Diese Ansicht wird allerdings nur einer Minderheit des SWOP zugeschrieben. Ähnliche Auffassungen finden sich auch bei amerikanischen Experten, beispielsweise bei Henry Sokolski/Patrick Clawson (Hg.), »Getting Ready for a Nuclear-ready Iran«, Carlisle, PA: Strategic Studies Institute of the U.S. Army War College, Oktober 2005, <www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/pub629.pdf>.

Fazit

Folgendes Bild ergibt sich aus der Analyse der verschiedenen Aspekte russischer Iran-Politik: Russland bemüht sich hartnäckig, Vorstellungen und Interessen miteinander zu vereinbaren, die sich in der Praxis widersprechen. Einerseits will Russland eine nukleare Bewaffnung Irans verhindern und potentielle Bedrohungen an seiner Südflanke abwenden. Zu diesem Zweck arbeitet Russland mit dem Westen im UN-Sicherheitsrat und in der G 8 zusammen und betont dabei seine besondere Verantwortung als Nuklearmacht und permanentes Mitglied des Sicherheitsrats. Andererseits will Moskau seine besonderen Beziehungen zu Teheran und seine spezifischen Interessen nicht aufs Spiel setzen, den amerikanischen Einfluss in der Region begrenzen und Iran nicht in die Isolierung treiben. Zudem versucht Russland in Iran auf eine moderatere Politik hinzuwirken und sich dadurch die Möglichkeit zu verschaffen, in Aussicht genommene Projekte in den Feldern zivile Atomtechnologie, Weltraumtechnologie, Energie und beim Export konventioneller Waffen zu verwirklichen.

Es spricht einiges dafür, dass moderater russischer Druck auf Iran dazu beitragen kann, das Meinungsspektrum in Iran im westlichen Sinne zu beeinflussen. So hatten beispielsweise russische Bemühungen Erfolg, die Mission der drei europäischen Außenminister im Oktober 2003 zu unterstützen und die iranische Regierung zu bewegen, das IAEA-Zusatzprotokoll zu unterzeichnen und die Anreicherung von Uran vorerst auszusetzen. Auch der Vorschlag, auf russischem Boden ein paritätisch zusammengesetztes Gemeinschaftsunternehmen zur Urananreicherung zu gründen, war ungeachtet des wirtschaftlichen Eigeninteresses Russlands hilfreich. Insgesamt war die russische Iran-Politik bisher jedoch nicht von Erfolg gekrönt, wie die Reaktion Ahmadinedschads auf die UN-Resolution 1737 vom Dezember 2006 gezeigt hat.

Ein Grund dafür könnte sein, dass die russischen Signale an Teheran nicht deutlich und nachdrücklich genug waren. Die russische Regierung hat zweifellos mit zahlreichen Taten und Worten dazu beigetragen, die Legitimität und internationale Akzeptanz des Ahmadinedschad-Regimes zu erhöhen und die von den USA gewünschte Isolierung zu unterminieren: die Ausweitung des Handels, die Lieferung konventioneller Waffen bis hin zur Tor-M1-Rakete, die Zusammenarbeit bei der Atomtechnologie und anderen Projekten, die von Putin ins Spiel gebrachte Vision eines eurasischen »Energieklubs« unter Einschluss Irans, die Weigerung, Iran und die Hizbullah als Sponsoren des internationalen Terrorismus zu bezeichnen, die Zubilligung einer konstruktiven Rolle Teherans bei der Stabilisierung des Iraks, die Heranführung Irans an die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und Putins Treffen mit Ahmadinedschad in New York und Shanghai. Ein Hindernis für das Zustandekommen einer gemeinsamen westlichen und russischen Haltung gegenüber der Islamischen Republik ist, dass Putin und andere Repräsentanten des Kremls nicht klar erkennen

lassen, ob eine Ausweitung der Kooperation mit Iran von einer wesentlichen Änderung der iranischen Politik abhängt – vor allem in der Atomfrage – oder ob dies auch bei einer Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses möglich ist.

Auch im Bereich der Atomtechnologie scheint es falsche Signale gegeben zu haben. Rosatom und russische nukleare Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen haben jahrelang fahrlässig, vielleicht sogar grob fahrlässig gehandelt. Hätte Washington nicht immer wieder Druck auf Moskau ausgeübt und dadurch russische Pläne durchkreuzt, wäre der Iran bei der Produktion von Atomwaffen noch wesentlich weiter vorangekommen. Ähnliches gilt für das iranische Programm zur Entwicklung ballistischer Raketen mittlerer und großer Reichweite. Zwar mag der nordkoreanische, pakistanische und chinesische Transfer von Know-how und technologischen Komponenten umfangreicher gewesen sein als der russische. Aber auch in diesem Fall ist es amerikanischer Wachsamkeit und Druckausübung zu verdanken, dass russische Vorhaben und Lieferungen verhindert wurden und das Programm nicht weiter gedeihen konnte als bisher geschehen.

Die Haltung des Kremls zu Sanktionen gegen Iran könnten ebenfalls Fehleinschätzungen in Teheran begünstigt haben. Der iranischen Führungselite ist nicht verborgen geblieben, in welche Richtung sich der russische Diskurs in der Atomfrage noch bis Februar 2007 bewegte. So wurde in Moskau die Meinung vertreten, dass auch Sanktionen Iran nicht von dem Vorhaben abbringen würden, sich atomar zu bewaffnen. Daher sei die Frage nicht, ob das Land über Atomwaffen verfügen werde, sondern wann es dazu kommen würde. Ferner gab (und gibt) es die Ansicht, dass der iranische Besitz der Atomwaffe keine katastrophalen Auswirkungen für Russland haben, sondern eher ein Problem für die USA und Israel sein würde. Man sei daher gut beraten, sich auf das Zusammenleben mit einem nuklearen Iran einzustellen. Diese Sichtweise könnte in Teheran als Zeichen dafür gewertet worden sein, dass der Kreml zwar – wenn auch widerstrebend – bereit war, symbolische Sanktionen mitzutragen (wie die Resolution 1737), aber keine substantiellen.

Zeichen für die relative Erfolglosigkeit der russischen Iran-Politik und die damit verbundene Frustration sind unter anderem die Aussetzung der für März 2007 geplanten Lieferung von Brennstäben für das Atomkraftwerk in Buschehr, die Infragestellung des gesamten AKW-Projekts, die deutliche Sprache der »hoch angesiedelten« Quelle in Moskau und die Bereitschaft zu einer Einigung mit den permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats und Deutschland über eine Verschärfung der Sanktionen. Diese Indizien können aber auch als Beweis dafür interpretiert werden, dass Moskau eine harte Haltung gegenüber Teheran nicht mehr lediglich als Zugeständnis an Washington begreift, sondern als Maßnahme in eigenem Interesse.

Oberflächlich betrachtet stimmen die von Deutschland und der EU eingenommenen Positionen mit denen Russlands überein. Alle drei Akteure wollen Iran nicht in die Isolierung treiben, Handels- und Wirtschaftsbezie-

hungen aufrechterhalten und politische und wissenschaftliche Kontakte nicht abreißen lassen. Zudem wollen sie dazu beitragen, dass sich das iranische System in eine moderate Richtung bewegt. Sie wollen dem Regime mit Anreizen Kompromisse abringen und die Regierung Bush dazu bewegen, direkte Gespräche mit iranischen Vertretern aufzunehmen. Aber es gibt auch grundlegende Differenzen.

Man sollte nicht auf Russland als ehrlichen Makler setzen, sondern auf konstruktive Initiativen Moskaus warten, denen sich Deutschland, die EU und die USA anschließen könnten. Russland verfolgt – offensichtlich auch bei gemeinsam mit dem Westen eingenommenen Positionen – Sonderinteressen. Die Ausweitung des russischen Einflusses gegenüber Iran und im Nahen und Mittleren Osten ist in der Kreml-Politik oft Selbstzweck. Statt hilfreiche Initiativen zu starten ist Moskau im Gegenteil auch durchaus in der Lage, Gesprächsbereitschaft zu entmutigen und Verhandlungslösungen zu erschweren, sogar zu blockieren. Es ist daher unbedingt notwendig, Russland in eine gemeinsame Politik einzubinden. Der Schwerpunkt der deutschen Politik sollte dabei weniger auf der Entwicklung einer »strategischen Partnerschaft« mit Russland im Nahen und Mittleren Osten, sondern eher auf der Koordinierung der Politik innerhalb der EU und in den transatlantischen Beziehungen liegen.

Abkürzungen

AFP	Agence France-Presse
Atomstroj-export	Tochterunternehmen der russischen Atomenergiebehörde Rosatom (s.u.), zuständig für den Bau von Atomenergieanlagen im Ausland
CRS	Congressional Research Service
CSIS	Center for Strategic and International Studies (Washington, D.C.)
CSROS	Caspian Sea Republics Oil Swap (Geschäftsbeziehung zwischen Iran und anderen Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres, die Lieferungen der nördlichen Anrainer an den iranischen Hafen Neka vorsehen und für die Iran den Lieferanten Öl in entsprechender Menge in seinen Häfen am Persischen Golf zur Verfügung stellt)
ECM	Electronic Counter Measures
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IAEA	International Atomic Energy Agency
IMEMO	Institut Mirovoj Ekonomiki i Meždunarodnych Otnošenj (Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau)
IPIS	Institute for Political und International Studies (Teheran)
KBM	Konstruktorskoe bjuro mašinostroenija (rüstungstechnisches Konstruktionsbüro mit Sitz in Kolomna bei Moskau)
KBP	Konstruktorskoe bjuro priborostroenija (der Sitz dieses Konstruktionsbüros befindet sich in Tula)
KWTS	Kommissija po voenno-techničeskogo sotrunižestvo (Komitee für militärisch-technische Zusammenarbeit; heute Rosoboronexport)
Minatom	Ministerium für Atomenergie (seit 1992 Rosatom, Föderale Agentur für Atomenergie)
NVO	Nezavisimoe voennoe obozrenie (»Unabhängige Militärrevue«, Militärbeilage zur <i>Nezavisimaja gazeta</i>)
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnerschaft für den Frieden (Nato-Programm der Zusammenarbeit mit den im Partnerschafts- und Kooperationsrat zusammengeschlossenen Staaten)
Rosatom	Russische Föderale Agentur für Atomenergie (vorher Minatom, Ministerium für Atomenergie)
SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
SWOP	Sovet po vnešnej i oboronnoj politike (Rat für Außen- und Verteidigungspolitik)
UN	United Nations
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon